

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilage: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 0,70 Goldmark. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steindrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Rönischen Park 2.

Inserate: Die sechsgepaßene Nonpareillezeile oder deren Raum 1.-RM, Arbeitervermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. pro Zeile.

Ist die deutsche Produktion vorbelastet?

Von Fritz Larnow.

„Es bleibt weiter unberücksichtigt, daß angesichts der Vorbelastung der deutschen Produktion für den Lohnanteil... Grenzen gesetzt sind, die der deutsche Unternehmer gewiß gern weiter gezogen sehen möchte, um seine Arbeiterschaft restlos zufriedenzustellen, die aber heute schlechterdings nicht erweitert werden können.“

(Dr. Meißinger, Geschäftsführer der Vereinigung deutscher Arbeitgebersverbände in der „Industrie- und Handels-Zeitung“ vom 23. April 1925.)

Nach den Darlegungen des Unternehmertums ist es eine ausgemachte Sache, daß die deutschen Arbeiter länger und billiger arbeiten müssen, als ihre Klassengenossen in anderen Industrieländern. Warum? Weil die deutsche Industrie infolge der durch den verlorenen Krieg und die Inflation geschaffenen Lage so stark mit anderen Kosten „vorbelastet“ ist, daß eben der Lohnanteil geringer sein muß. Andernfalls würde die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt verlorengehen, und es wird darauf hingewiesen, daß heute schon vielfach deutsche Waren zu teuer sind, um noch exportiert werden zu können. Wie sieht es nun in Wirklichkeit mit dieser Vorbelastung der deutschen Produktion aus?

Vor dem Krieg wäre jeder ausgelacht worden, der von einer schwereren Belastung der deutschen Industrie geredet hätte; denn die Tatsachen bewiesen ja, daß die deutschen Erzeugnisse in einem fortgesetzt zunehmenden Umfang den Weltmarkt eroberten. Wenn es heute anders geworden sein sollte, müßte also im Vergleich zur Vorkriegszeit der deutschen Industrie ein Mehr an Lasten auferlegt worden sein, daß bei den konkurrierenden Industrien des Auslandes kein Gegenstück fände. Dies wird denn auch von den deutschen Unternehmern behauptet, wobei folgende Positionen genannt werden:

1. die Lasten des Dawes-Planes,
2. die Erhöhung der Steuerlasten,
3. die Erhöhung der Frachttarife,
4. die Erhöhung der sozialen Lasten.

Wer darangeht, diese angebliche Mehrbelastung näher zu untersuchen, wird sofort merken, daß die Reparationslasten überhaupt nicht neben den Steuerlasten genannt werden dürfen. Abgesehen von der direkten Industriebelastung durch den Dawes-Plan von jährlich 300 Millionen Mark vom übernächsten Jahre an, sind alle anderen Reparationsleistungen bereits in den Steuern enthalten. Nr. 1 der Belastung muß also bis auf diese 300 Millionen Mark gestrichen werden.

Eine Bergdrehung der Gesamtsteuerlasten ist nicht zu bestreiten. Vor dem Kriege wurde das gesamte Steueraufkommen in Reich, Ländern und Gemeinden auf eine Summe geschätzt, die zwischen 5 und 6 Milliarden Mark liegt. Im abgelaufenen Steuerjahr 1924 hat das Reich allein 7,312 Milliarden vereinnahmt, rechnet man dazu das Aufkommen bei den Ländern und Gemeinden und berücksichtigt den eingetretenen Gebietsverlust, ist die Gesamtbelastung etwa doppelt so hoch wie vor dem Kriege. Aber diese Mehrbelastung von 5 Milliarden kann natürlich nicht einfach auf die Produktionskosten verbucht werden. Die Hauptkonten der Reichseinnahmen sind Lohnsteuer (1,329 Milliarden), Umsatzsteuer (1,913 Milliarden), Zölle und Verbrauchssteuern (1,547 Milliarden). Von diesen drei Positionen, die zwei Drittel des Gesamtreichsetats ausmachen, werden die erste ausschließlich, die anderen beiden überwiegend von den Arbeitern und Konsumenten unmittelbar getragen und laufen gar nicht über das Produktionskostentkonto. Aber auch von dem restlichen Steuerdrittel müssen diese Schichten noch einen sehr großen Teil übernehmen. Bei einer genauen Berechnung dürfte es sogar fraglich sein, ob diejenigen Steuern, die tatsächlich als Produktionskosten verbucht werden dürfen, überhaupt größer geworden sind. Man wird zwar in den einzelnen Betriebsbilanzen leicht solche Steigerungen feststellen können, aber das ist durchaus kein Wunder, nachdem es zur Gewohnheit geworden ist, daß die Unternehmer sogar ihre persönlichen Einkommensteuern als Geschäftsunkosten verbuchen. Werden diese falschen Konten gestrichen, so dürfte sich herausstellen, daß im allgemeinen eine Steigerung der Steuerlasten allerhöchstens in dem Umfange eingetreten ist, wie das durch die Geldentwertung bedingt wird. Sehr wahrscheinlich bleibt die Steuerbelastung sogar darunter. Die Geldentwertung aber ist eine internationale Erscheinung, und man darf ohne weiteres annehmen, daß die steuerliche Belastung der Produktion in allen Ländern mindestens um den Prozentsatz der Geldentwertung gestiegen ist. In den meisten Ländern wird die Erhöhung aber eine noch größere sein, weil durch den Krieg fast überall die öffentliche Verschuldung und damit auch der Steuerbedarf erheblich gewachsen sind. Deutschland befindet sich ja in der glücklichen Lage, daß seine öffentlichen Schulden trotz des enormen Kriegsverbrauchs infolge der Inflation heute wesentlich geringer sind als vor dem Kriege. Alles in allem hat das deutsche Unternehmertum nicht das geringste Recht, von einer steuerlichen Mehrbelastung gegenüber seinen ausländischen Konkurrenten zu reden.

Soweit die Frachtsätze in Betracht kommen, ist ebenfalls eine Steigerung nicht zu bestreiten. Sie beträgt nach den durchschnittlichen Tariffähigen im Jahre 1924 etwa 50 Prozent, ist inzwischen aber geringer geworden. Auch hier geht die Erhöhung nicht über den Rahmen der Geldentwertung und der dementsprechenden Tarifierhöhungen in anderen Ländern hinaus.

Nun aber die sozialen Lasten. Auf diesem Stedenpferd ist das deutsche Unternehmertum in den letzten Jahren wie wahnsinnig herumgeritten, und es wurde nicht müde, zu versichern, daß die Industrie unter diesen Lasten zusammenbräche und vom Wettbewerb auf dem Weltmarkt ausgeschlossen würde. Nach einer Berechnung aus dem Unternehmertage sollten die von der Wirtschaft aufzubringenden Beiträge für die Sozialversicherung nicht weniger als 4,3 Milliarden Mark im Jahre 1924 betragen. Die maßlose Hege, die mit solchen Ziffern getrieben wurde, rief schließlich das Reichsarbeitsministerium auf den Plan, und es gab die genauen Ziffern bekannt. Danach betrug das gesamte Aufkommen für die Sozialversicherung im Jahre 1913 rund 1212 Millionen Mark, im Jahre 1924 einschließlich der neu eingeführten Erwerbslosenfürsorge 1610 Millionen Mark. Das ist ein Mehr von nur 34 Prozent und bedeutet relativ, an der Geldentwertung gemessen, keine Erhöhung, sondern eine Reduzierung der sozialen Belastung. Von den 1610 Millionen sind zudem der größte Teil Arbeitnehmerbeiträge; nur 730 Millionen entfallen auf die Arbeitgeber. Das sind gerade 170 Millionen Mark mehr als im Jahre 1913. Nun unterliegt es aber keinem Zweifel, daß die soziale Fürsorge nach dem Kriege auch in anderen Ländern ganz erheblich erweitert worden ist, so daß die Mehrbelastung der dortigen Industrien keineswegs geringer sein kann als in Deutschland.

Man sieht, daß von den angeblich erdrückenden Mehrlasten der deutschen Industrie bei einer genaueren Nachprüfung herzlich wenig übrig bleibt. Es sind das, abstrahiert genommen, die 300 Millionen Mark Reparationsbelastung, 170 Millionen Mark Erhöhung der sozialen Beiträge und, hoch gerechnet, 800 Millionen Mark für Frachterhöhung. Selbst wenn man dazu noch eine Erhöhung der Steuerlasten von anderthalb Milliarden rechnen wollte — was für die auf die Produktionskosten verbuchungsfähigen Steuern sicher zu hoch gegriffen ist —, kommt man nur auf eine gesamte Mehrbelastung gegenüber der Vorkriegszeit von weniger als 3 Milliarden. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die in anderen Ländern auf der Produktion ruhenden Lasten mindestens im gleichen Ausmaße gestiegen sind, so daß durch diese Erhöhung die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie überhaupt nicht beeinträchtigt sein kann. Aber selbst wenn wir einmal unterstellen wollten, daß es in der übrigen Welt keine Erhöhung der öffentlichen Lasten seit dem Jahre 1914 gegeben hätte, so daß also das deutsche Unternehmertum heute um diese 3 Milliarden mehr belastet sei, so wird doch die Rechnung erst vollständig, wenn wir auch die Aktivseite der Bilanz ins ansehen. Wir wollen nicht einmal davon reden, daß die deutschen Unternehmer, ebenso wie der Staat, durch die Inflation ihre Vorkriegsschulden zum großen Teil losgeworden sind. Der Vorsprung, den sie dadurch gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten bekommen haben, ist sicher größer als die direkte Belastung durch den Dawes-Plan, die sie als Ersatz dafür bekommen haben. Die Entlastung durch Schuldentilgung soll aber ganz außer Ansatz bleiben, und wir wollen uns nur mit der Ersparnis am Lohnkonto beschäftigen. Im Aprilheft der „Arbeit“ hat Paul Hermsberg über diese Verhältnisse sehr interessante und wertvolle Berechnungen angestellt.

Hermsberg geht dabei von der Lohnhöhe in der Vorkriegszeit aus, wo im allgemeinen bereits in den angelsächsischen und skandinavischen Ländern das Lohnniveau höher, in den romanischen Ländern tiefer lag als in Deutschland. Nach einer Untersuchung des englischen Handelsamtes ergaben sich für 1905 folgende Lohnmehrfachzahlen, wenn Deutschland gleich 100 gesetzt wird: Amerika 323, England 134, Deutschland 100, Frankreich 86, Belgien 70. Nach einer von Hermsberg gegebenen Übersicht hatte sich bis 1914 das Verhältnis zwischen Deutschland, England und Amerika wie 100:113:332 verschoben. Auf dieser Vorkriegsbasis war die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands gesichert. Soweit es sich nur um die Lohnkosten handelt, müßte sie auch heute noch gesichert sein, wenn in allen Vergleichsländern entweder die Löhne gleich geblieben wären oder sich gleichmäßig verändert hätten. Bekanntlich sind in allen Ländern die Löhne gestiegen, was zu einem Teil nichts anderes als der Ausdruck der internationalen Geldentwertung ist. Das Lohnniveau hat sich aber sehr unterschiedlich erhöht. Nach

1) Aber „Die soziale Belastung der deutschen Wirtschaft“ habe den ausgezeichneten und sehr instruktiven Aufsatz von Franz Spilke in Nr. 3 der „Arbeit“ vom März 1925, ferner „Die sozialen Lasten der Arbeiter“ in Nr. 18 der „Holzarbeiter-Zeitung“.
2) Weltmarkt und Lohn“. Von Paul Hermsberg in Nr. 4 der „Arbeit“ vom April 1925. — „Die Arbeit“ ist die wissenschaftliche Monatschrift des DGB, die jeder Gewerkschafter lesen muß, dem es ernstlich um seine Weiterbildung zu tun ist.

den von Hermsberg benutzten, zumeist amtlichen Quellen betrug Ende 1924 die Steigerung in Deutschland 22, Italien 50, Frankreich 52, England 100, Schweiz 100, Schweden 149, Holland 195 und in den Vereinigten Staaten 132 Prozent der Löhne von 1914.

In allen Ländern ist also der Lohnaufwand pro Arbeitsstunde und damit der gesamte Lohnfonds der Wirtschaft größer geworden. Am geringsten jedoch ist der Mehraufwand in Deutschland, und man kommt zu geradezu verblüffenden Ziffern, wenn man, wie Hermsberg, versucht, diese gesamte Lohnersparnis der deutschen Unternehmer zahlenmäßig zu berechnen. Der Mehraufwand beträgt in England 100 und in Deutschland 22 Prozent des Vorkriegslohnes. Die deutschen Unternehmer müßten also 78 Prozent des Vorkriegslohnes mehr auszahlen, wenn sie mit ihren englischen Konkurrenten in der Lohnbelastung gleichen Schritt halten wollten. Der Vorkriegslohn in Deutschland wird für gelernte Arbeiter mit 0,65 Mk., für ungelernete mit 0,41 Mk. im Durchschnitt pro Stunde angenommen. Bei 18 Millionen Arbeitern und 2400 Arbeitsstunden im Jahr machen die 78 Prozent Lohnersparnis, wenn es sich nur um Ungelernte handeln würde, 10 Milliarden, wenn es nur Gelernte wären 15 Milliarden im Jahr aus. Zwischen diesen beiden Ziffern liegt also die Lohnersparnis gegenüber der englischen Industrie. Gegenüber der amerikanischen ist sie noch größer, nämlich zwischen 14 und 37 Milliarden Mark. Wohlgerneht handelt es sich hier nicht um das Mehr an Lohn, das überhaupt in den anderen Ländern gezahlt wird — diese Summe ist noch höher —, sondern nur um denjenigen Betrag, um den die deutsche Industrie seit 1914 hinter den anderen Ländern zurückgeblieben ist.

Erst an dieser Rechnung erkennt man, wie irreführend das Geschrei von der größeren Belastung der deutschen Produktion ist, und wie wenig die deutsche Arbeiterschaft Ursache hat, sich dadurch in ihrem Kampf um weitere Erhöhungen des realen Lohnes einschüchtern zu lassen. Auch wenn man die Mehrbelastung der Produktionskosten durch Steuern, soziale Beiträge usw. noch so hoch ansetzen will, steht dem auf jeden Fall ein Vielfaches an Lohnersparnis gegenüber. Wenn trotzdem die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande heute geringer sein sollte als vor dem Kriege, so wäre das nur ein untrüglicher Beweis dafür, daß die außerhalb des Lohnes und der Steuerbelastung liegenden Produktionskosten ganz unmäßig angeschwollen sind. Hier ist in der Tat die Eiterbeule der deutschen Wirtschaft zu suchen. Hinter der Zeit zurückgebliebene Produktionsmethoden, eine unrationelle Wirtschaftsorganisation, übermäßige Geldverkehrsrisiken, ein viel zu großer und kostspieliger Handelsapparat, überflüssige Zwischengewinne: das sind die tatsächlichen Vorbelastungen der deutschen Produktion. Es hieße geradezu Raum für eine weitere Entwicklung dieses Eiterherdes schaffen, wenn die deutschen Arbeiter sich darauf einlassen wollten, durch längeres und noch billigeres Arbeiten den Lohnanteil noch weiter herabzulassen. Im Gegenteil ist eine möglichst aktive Lohnpolitik mit dem Ziel einer erheblichen Erhöhung des realen Lohnes, d. h. des Lohnanteils im Etat der Wirtschaft, ein volkswirtschaftlich geradezu notwendiges Druckmittel, um eine gesunde und rationelle Wirtschaft zu erzwingen.

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus hat sich am 15. April vor dem Haushaltsausschuß des Reichstages in einer großen Rede über die Wirtschaftslage ausgesprochen und dabei betont, „daß Lohnforderungen und soziale Lasten in unserer gegenwärtigen Lage nur dann tragbar sind, wenn sie nicht zu einer Erhöhung der Preise führen.“ Wenn diese Worte bei der Einstellung des deutschnationalen Ministers auch wahrscheinlich als eine Warnung gedacht waren, überhaupt noch weitere Lohnhöhungen zu gewähren, und von den Unternehmern selbstverständlich in diesem Sinne freudig begrüßt wurden, so enthalten sie doch einen ganz richtigen Kern. Nur sollten sie genauer so formuliert sein: Eine Erhöhung des realen Lohnes und Verbesserung der sozialen Einrichtungen für die deutschen Arbeiter sind durchaus möglich, ohne die Preise erhöhen zu müssen und die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt zu beeinträchtigen.

Deutsche Heimarbeit ausstellung in Berlin.

Unsere Zeit ist reich an Ausstellungen. In den Großstädten, besonders in Berlin, vergeht kaum eine Woche, die nicht wenigstens eine neue Ausstellung bringt. Weil diese so zahlreich sind, werden sie von der Masse der Bevölkerung auch nur selten beachtet. Als bekannt wurde, daß eine Heimarbeit ausstellung stattfindet, werden nicht wenige Menschen achselzuckend bemerkt haben: Schon wieder eine neue Ausstellung. Wer so denkt, verkennt das Wesen und den Zweck der Heimarbeit ausstellung. Während alle anderen Ausstellungen mehr oder weniger Geschäftsreklame der Aussteller oder der Veranstalter sind, verfolgt die Heimarbeit ausstellung ausschließlich soziale und kulturelle Ziele. Sie

ist keine Ausstellung für Geschäftsmacher oder sensationslüsteres Publikum, und sie ist auch keine Augenweide. Die Heimarbeitersstellung will zeigen, was alles für Gegenstände in der Heimarbeit gemacht werden, und wie es mit den Arbeits- und Lebensverhältnissen der Heimarbeiter bestellt ist. Sie richtet sich an das menschliche und soziale Gewissen des Volkes.

Die Gesellschaft für soziale Reform gab die erste Anregung für die Heimarbeitersstellung. Das war um die Jahreswende 1924/25. Die Gewerkschaften hatten zur Sammlung der Ausstellungsgegenstände also nur eine kurze Spanne Zeit zur Verfügung. Verschiedentlich hörte man die Befürchtung, daß es eben wegen der Kürze der Zeit nicht möglich sein werde, ein vollständiges Bild der Heimarbeit zu geben. Diese Befürchtung hat sich glücklicherweise nicht bestätigt. Die Heimarbeitersstellung fällt in zwei große Hallen des Riesengebäudes am Lehrter Bahnhof in Berlin. Ausgestellt sind Erzeugnisse der Holz-, Metall-, Textil-, Bekleidungs-, Schuh-, Glas-, Tabak-, Lederwaren- und der Spielwarenindustrie und des Buchbindergewerbes. Viele tausend Gegenstände sind zu sehen, angefangen vom einfachsten Massenartikel bis hin auf zur hochwertigen Qualitätsarbeit. Die meisten Gewerkschaften haben sich dem Zweck der Ausstellung völlig untergeordnet; ein Blick auf ihre Tische läßt die soziale und wirtschaftliche Seite der Heimarbeit erkennen. Diese Art Ausstellung zwingt den Besucher, sich mit den Gegenständen und den beigegebenen schriftlichen Erläuterungen zu beschäftigen. Auf diese Weise erreicht man den erstrebten Zweck. Das wird aber nicht erreicht, wenn die Gegenstände in einer Art aufgebaut werden, wie man sie aus der Weihnachtsausstellung der Warenhäuser her kennt. Eine solche Ausstellung ist eine reine Augenweide, und das hätte von allen Gewerkschaften vermieden werden sollen. Hier bewundert der größte Teil der Besucher nur die Mannigfaltigkeit und Buntheit der ausgestellten Spielwaren, um die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Heimarbeiter kümmert man sich so gut wie nicht.

Die Heimarbeitersstellungen von 1904 und 1906 waren Ausstellungen menschlichen und sozialen Elends im ungeahnten Umfang. Von der jetzigen Ausstellung läßt sich das nicht durchweg sagen. In manchen Heimarbeiterbezirken, wo früher einem das Elend der Bevölkerung auf Schritt und Tritt entgegentrat, ist es heute wesentlich besser. Die Gewerkschaften haben dort Fuß gefaßt und den Unternehmern höhere Löhne abgerungen. Der Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform, Wilhelm Heimerl, hat von Völski, hob in seiner Rede bei der Eröffnung der Ausstellung mit Recht hervor, daß, wenn die Heimarbeiter heute günstigere Arbeits- und Lebensverhältnisse haben als vor zwei Jahrzehnten, dies ein Erfolg der Gewerkschaften ist. Gewiß, das Heimarbeiterelend ist heute nicht mehr so groß, so schreiend wie früher. Aber in vielen, vielen Arbeiterfamilien sieht es auch heute noch sehr traurig aus. Die Ausstellung zeigt Gegenstände, die dem Heimarbeiter 5 Pf. Stundenlohn einbringen. Dieser „Berdienst“ ist aber nur möglich, wenn die ganze Familie mitarbeitet. Auch in der Holzspielwarenindustrie gibt es solche Heimarbeiterelände. Wie die Familien mit solchen Einnahmen sich am Leben erhalten können, ist einfach unbegreiflich. Das gilt auch für die Heimarbeiter, die 15, 20 und 25 Pf. die Stunde verdienen. Und solcher Familien gibt es Tausende und aber Tausende. Einigermaßen auskömmliche Löhne werden nur in solchen Bezirken erzielt, wo die Heimarbeit tarifvertraglich geregelt ist. Hier gibt es Heimarbeiter, die den Betriebsarbeitern im Lohn gleichstehen und bis zu 1 Mt. die Stunde verdienen. Aber das sind nur wenige unter den einigen hunderttausend Heimarbeitern und -arbeiterinnen.

Das Heimarbeiterelend hat seine Grundursache in der schlechten Entlohnung. In dem gleichen Maße, wie die Löhne erhöht werden, verbessert sich auch die wirtschaftliche Lage der Heimarbeitersfamilien. Viele von diesen liegen aber so tief im Elend drin, daß sie jede Hoffnung auf eine Besserung der Verhältnisse verloren haben. Das ist mit ein Grund, wenn nicht der Hauptgrund, warum die Gewerkschaften in manchen Bezirken nur langsam vorwärtskommen. Die Heimarbeiter müssen aber endlich begreifen, daß sie nur durch den Anschluß an die Gewerkschaften vorwärtskommen können und vorwärtskommen werden. Gewiß sind große Schwierigkeiten zu überwinden, aber sie sind nicht so groß, daß sie nicht überwunden werden könnten. Auch für die Heimarbeiter ist die Selbsthilfe die beste Hilfe.

Damit soll aber nicht gesagt sein, daß die Gesetzgebung die Heimarbeiter nicht schützen und ihnen helfen müsse. Einen wirksamen gesetzlichen Schutz bedürfen ganz besonders die Frauen und Männer, die die Heimarbeit mehr als Nebenbeschäftigung ausüben. Diese Heimarbeiter zu organisieren, ist sehr schwer, ja in vielen Fällen fast gänzlich unmöglich. Eine Arbeitermutter, die neben ihren häuslichen Arbeiten noch einige Stunden Heimarbeit verrichtet und wöchentlich vielleicht drei Mark verdient, wird selten für die Organisation zu gewinnen sein. Solche Heimarbeiterinnen gibt es aber viele zehntausende. Und gerade diese Frauen werden am schmerzhaftesten ausgebeutet. Hiergegen muß die Gesetzgebung einschreiten. Das hat auch der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in seiner Rede bei der Eröffnung der Heimarbeitersstellung angedeutet. Bisher hat die Gesetzgebung aber

Dr. Brauns bezeichnete das Heimarbeiterlohngesetz vom 27. Juni 1923 als das hervorragendste soziale Gesetz der Nachkriegszeit. Dieser Ausdruck ist mehr eine Kennzeichnung der übrigen sozialen Gesetze als ein Lob des Heimarbeiterlohngesetzes. Das Heimarbeiterlohngesetz hat gegenüber den anderen sozialen Gesetzen den Vorzug, daß es wenigstens auf dem Papier nach etwas aussieht, in der Praxis ist es aber fast ohne jede Bedeutung. Nicht zuletzt deshalb, weil es bis jetzt nur in ganz wenigen Bezirken durchgeführt ist. Dr. Brauns sprach die Hoffnung aus, daß nun das Gesetz allgemein durchgeführt werde. Diese Bemerkung ist einigermaßen wunderbarlich, denn nach dem Gesetz hat der Reichsarbeitsminister die Errichtung der Fachvereine für die Durchführung des Heimarbeiterlohngesetzes

zu schaffen. Wenn das Gesetz heute noch nicht überall durchgeführt ist, so ist daran Dr. Brauns in erster Linie selbst schuld. Oder machen ihm seine Geheimräte und die Unternehmerorganisationen Schwierigkeiten, so daß er seinen Willen nicht durchsetzen kann? Wie dem aber auch sei, jedenfalls steht fest, daß die große Masse der Heimarbeiter von dem Heimarbeiterlohngesetz noch keinen Vorteil hat. Mühsam ist auch die Besserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Heimarbeiter nicht auf die soziale Gesetzgebung zurückzuführen. Wo heute günstigere Verhältnisse herrschen, als das früher der Fall war, da ist das ein Erfolg der Gewerkschaften. Und daß diese Erfolge in manchen Bezirken recht beträchtlich sind, das beweist die diesjährige Heimarbeitersstellung.

Ein neuer Großbetrieb in der Bürstenindustrie.

Im Jahre 1908 erhoben sich weit über 1000 Bürstenarbeiter und -arbeiterinnen im Schönheider Bezirk gegen das Unternehmertum, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erkämpfen. Der 22wöchige Kampf hatte den Erfolg, daß die Wochenarbeitszeit von 66 auf 62 Stunden herabgedrückt und der Lohn um 7 bis 10 Prozent für Arbeiter und um 18 Prozent im Durchschnitt für Arbeiterinnen erhöht wurde. Die Schattenseite der Bewegung war die Maßregelung einer größeren Anzahl Kollegen.

Noch vor Beendigung des Kampfes hatte ein Teil der Kollegen den Plan gefaßt, eine Produktivgenossenschaft für Bürstenfabrikation zu gründen. Dieser Plan fand auch seine Verwirklichung, und zwar dadurch, daß der Konsumverein für Schönheide einen Bürstenbetrieb einrichtete. Klein war die Zahl der Anfänger, aber groß die Hoffnung auf die weitere Entwicklung des mit all den sogenannten Kinderkrankheiten behafteten Unternehmens. Die kurze Zeit der Tätigkeit im Geschäftsjahr 1905/06 brachte einen Umsatz von 2098 Mt. Die Umsatzziffer stieg aber von Jahr zu Jahr. Der Schönheider Konsumverein schloß sich am 1. September 1919 dem großen Bruder in Aue an. Die Auer Genossenschaft verzichtete auf die Produktionsabteilung, die von der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine übernommen wurde. Von diesem Tage an stieg die Produktion zusehends. Von 35 Arbeitern bei Übernahme ist die Zahl heute bereits auf über 100 gestiegen. Das Unternehmen wäre vielleicht noch einmal so groß, wenn in den beschränkten Räumen alles hergestellt werden könnte, was die Genossenschaften im Lande verlangen. Der Schönheider Betrieb ist trotz vieler Verbesserungen alles andere, nur kein moderner Betrieb. Die wachsenden Aufträge ließen den Gedanken der Errichtung einer neuen modernen Bürstenfabrik feste Formen annehmen. Nach mancherlei Ver suchen und Angeboten wurde ein passendes Grundstück in Obersühngrün erworben. Schönheide war leider nicht in der Lage, ein passendes Grundstück anzubieten, trotzdem die G. E. G. den Bau auch gern in Schönheide errichtet hätte. Für den Betrieb ist aber Gleisanschluß notwendig, der in Stühngrün an der Schmalfurdbahn Wilsau-Carlsfeld mit Leichtigkeit erreicht werden konnte.

Im Mai 1924 begann der Bau; seine Ausführung wurde der ostthüringischen Bauhütte übertragen, die mit allen modernen Hilfsmitteln innerhalb Jahresfrist den Riesenbau vollendet hat. Zeitweise waren 400 Arbeiter an dem Bau beschäftigt und ein Turmkran ersetzte wohl über 100 Hilfsarbeiter. Aufgehalten wurde der Bau dadurch, daß man bei den Fundamentierungsarbeiten unerwartet auf Felsen stieß und erst fünf Wochen lang Sprengungen vornehmen mußte. Dazu gestellte sich eine längere Regenperiode. Gefördert wurde der Bau durch den im Erzgebirge seltenen sehr gelinden Winter 1924/25. Nunmehr ist das Werk bis auf einige Schlussarbeiten vollendet. Das Fabrikgebäude ist 94 Meter lang und 26 Meter hoch. In der Mitte der Fabrikanlage ragt ein 30 Meter hoher Turm empor. An die Fabrik angebaut ist das Wohlfahrtsgebäude mit dem Verwaltungsgebäude und dem Wohnhaus, so daß die Anlage eine Gesamtlänge von rund 140 Meter hat. Seitlich schließt sich ein gleich großer Lagerplatz an. Die 700 Fenster sorgen für genügende Belichtung aller Räumlichkeiten. Drei in den Felsengrund gestrenge Brunnen versorgen den Betrieb und die anschließenden Gebäude mit genügend Wasser. Das Wasser wird zuerst in ein 60 Kubikmeter fassendes Reservoir in der Turmanlage getrieben, um von dort mit dem nötigen Druck in alle Räume geleitet zu werden.

Es lohnt sich, die nach dem neuesten Stand der Technik hergestellte Betriebseinrichtung mit einigen Worten zu beleuchten. Drei Fahrstühle und drei Treppenaufgänge dienen zur Beförderung der Personen und Waren in dem fünfstöckigen Gebäude. 50 Motore mit rund 400 P.S. sind für den Antrieb der Maschinen vorhanden. Die Elektrizität wird von der Oberlandzentrale „Obererzgebirge“ geliefert. Zur Transformierung des Stromes befindet sich in der Fabrik eine besondere Anlage. Rechts und links im Sockelgeschos befindet sich je eine Heizungsanlage zur Erzeugung von Dampf und Warmwasser mit je vier Kesseln. Jede Anlage ist in stande, allein die gesamten Räume mit Wärme und Wasser zu versorgen. Sämtliche Räume sind mit Telefon versehen. Im Kellergeschos befindet sich das Rohmaterialienlager. Im Sockelgeschos Fertigungslager, Pack- und Versandraum. Außerdem können die Eisenbahnwaggons vorgefahren werden zum Ein- und Ausladen. Ein Teil der Räume nimmt die Sägerei mit einem Gatter und drei Kreisfräsen ein. Im Erdgeschos sind die Juristerei für Fäber, Borsten und Rohhaare untergebracht. Neueste Nähmaschinen haben hier Aufstellung gefunden. Im Erdgeschos befindet sich auch der Desinfektionsraum mit besonderem Eingang von außen, eigener Garderobe und Abortanlage. Das erste Obergeschos enthält die Handeinzieherei mit Abschneidemaschinen, die Spritzlastererei, Poliererei Pinselmacherei und Schleiferei, jede Gruppe getrennt. Im zweiten Obergeschos haben 30 Handfranzmaschinen und 6 automatische Stanzmaschinen Aufstellung gefunden. Hierzu wieder die erforderliche Zahl Abschneidemaschinen. Ferner sind hier die Wurzelanzieherei und die Pecherei untergebracht. Die Pecherei ist mit

Dampfabsaugung versehen. Im Dachgeschos befindet sich die Holzfabrikation. In einer Trockenanlage mit vier Schächten von 15 Meter Länge werden die mit dem Fahrstuhl aus der Sägerei gelangenden Hölzer mittels entsprechend gebauten Wagen eingefahren und getrocknet, um dann weiter verarbeitet zu werden. Dazu dienen die aufgestellten Maschinen, wie Bandsägen, Fräsen, Hobelmaschinen, Drehbänke für Hand- und automatische Betrieb, automatische Bohrmaschinen, worauf jede jugendliche Arbeiterin gleichzeitig 4 Hölzer in jeder beliebigen Stellung zu bohren in der Lage ist, dazu 6 Handbohrmaschinen. Außerdem sind für die Kistenfabrikation eingerichtete Maschinen aufgestellt. 20 Transportarten sorgen im ganzen Betrieb für eine schnelle und leichte Beförderung der Waren. Außerdem sind 2 Schleifstromeln, 2 Schleifschreiben und 4 Bandschleifen aufgestellt, sowie in gesondertem Raum Särfmaschinen für Säge, Fräser usw. Während alle übrigen Räume Zement- oder Dielenfußböden aufweisen, ist für die Holzbearbeitung Holzplaster vorgesehen. Eine Staubabsaugungsanlage im ganzen Betrieb sorgt für die Reinhaltung der Luft und sofortige Beseitigung der Abfälle an den Holzbearbeitungsmaschinen.

Das Wohlfahrtsgebäude enthält ein Kranken- zimmer und Badeanlagen. Eine Küche zum Speisen- und Kaffeetochen sowie Speise- und Garderobenräume getrennt nach Geschlechtern. Auch das Verwaltungsgebäude ist auf das modernste eingerichtet. Das Wohngebäude enthält sieben neuzeitig eingerichtete Wohnungen mit Bad, Dampfheizung, Kalt- und Warmwasserzuführung. Ein anderes Gebäude enthält die Tischlerei, Kistenbauerei, Autoschuppen nebst Wohnung für den Chauffeur.

Damit dürfte ein Bürstenbetrieb errichtet sein, wie es keinen zweiten auf diesem Gebiete in Deutschland gibt. Dieser Riesenbau, in dem 800 Arbeiter Platz haben, zeigt so recht, welche gigantische Kraft die Genossenschaftsbewegung in sich birgt. Nur die Kaufkraft der Genossenschaft im ganzen Reich ermöglicht die Errichtung solcher Betriebe. Wägen aber auch die Bürstenarbeiter in diesem neuen Betrieb von dem Gedanken befreit sein: „Die Genossenschaft den Genossenschaftlern“ und nicht glauben, wenn jeder eine gesicherte Stelle hat, dann geht ihn die Genossenschaft nichts mehr an. In dieser Beziehung gibt es im Schönheider Bezirk noch viel zu tun. Was uns aber besonders interessiert, das ist die Errichtung eines Bürstenbetriebes, wie ihn sich die Bürstenarbeiter alle wünschen. Hoffentlich werden das die Bürstenarbeiter der G. E. G. zu würdigen wissen.

Mitten hineingepflanzt in 160 Groß- und Kleinbetriebe des Bürstenindustriebezirks Schönheide erhebt sich der Riesenbau auf stolzer Höhe, weit hineinschauend in das Erzgebirge, ein Wahrzeichen der Kraft und Stärke der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine. S. Richard

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Hindenburg Reichspräsident.

Aus der Wahl des Reichspräsidenten ist am 26. April Hindenburg als Sieger hervorgegangen. Er hat zwar nicht die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt, aber im zweiten Wahlgang ist der Kandidat gewählt, der die höchste Stimmzahl erzielt. Für den ersten Wahlgang hatten die Rechtsparteien die Kandidatur des Oberbürgermeisters Jarres von Duisburg aufgestellt. Für den zweiten Wahlgang wurde aber diese Kandidatur zurückgezogen und der Feldmarschall Hindenburg nominiert, der im 78. Lebensjahre stehende Heerführer aus dem Weltkrieg, um dessen Person die lüppig wuchernde Legende einen Kranz gewunden hat, der freilich vor der nichternen Wahrheit nicht bestehen kann. Die Spekulation auf den Nimbus des Namens Hindenburg hat sich aber als richtig erwiesen, ein beschämendes Zeichen für die politische Unreife des deutschen Volkes. Zugunsten Hindenburgs hatte die Bayerische Volkspartei ihren Kandidaten Held zurückgezogen, und auch Ludendorff, auf den sich die Stimmen der Saltenkreuzler vereinigt hatten, trat zurück. Auf der anderen Seite hatten sich die auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden Parteien, Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten, auf die Kandidatur Marx geeinigt. Die Kommunisten hielten die Kandidatur Thälmann auch im zweiten Wahlgang aufrecht.

Das Ergebnis der beiden Wahlgänge zeigt die folgende Übersicht. Hierbei sind für den ersten Wahlgang die endgültigen, für den zweiten die vorläufigen amtlichen Zahlen eingestellt.

	Wahl am 29. März		Wahl am 26. April	
	Stimmen	%	Stimmen	%
Gültige St.	26 866 103	—	Gültige St.	30 345 146
Braun	7 802 496	29,04		
Hellpach . . .	1 568 398	5,85		
Marx	3 887 734	14,47		
Bolschblod . .	13 258 628	49,36	Marx	13 752 244
Jarres	10 416 655	38,77		
Held	1 007 450	3,75		
Ludendorff . .	285 793	1,06		
Rechtsblod . .	11 709 898	43,58	Hindenburg	14 639 399
Thälmann . . .	1 871 815	6,97	Thälmann . . .	1 931 593
Zersplittert . .	25 762	0,09	Zersplittert . .	21 910

Am 29. März haben 68,5 Prozent der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht, am 26. April stieg die Wahlbeteiligung auf 77,4 Prozent, und der größte Teil des Zuganges kam Hindenburg zugute, dem Kandidaten der Monarchisten. Die Mehrzahl der Wähler hat allerdings gegen den Monarchisten votiert, aber da auch am 26. April die Kommunisten ihren eigenen Kandidaten anreichten, haben sie es erreicht, daß die Monarchisten den Sieg an die schwarzweißrote Fahne heften konnten. Komisch berührt es, daß die Zentrale der Kommunistischen Partei die den Sieg Hindenburgs herbeigeführt hat, gleich nach der

Wahl einen ihrer schwülftigsten Aufrufe veröffentlichte, der als Offener Brief an die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Sozialdemokratischen Partei bezeichnet wird. In ihm wird zum Kampfe aufgerufen für eine Reihe von Forderungen, über die sich reden ließe, wenn eine einzige Arbeiterklasse die Mehrheit des Volkes hinter sich hätte. Zum Zeichen der Bereitschaft für den Kampf gegen den Monarchismus soll am Tage des Einzuges des Reichspräsidenten ein 24stündiger Generalstreik proklamiert werden. Das verlangt ausgerechnet die Partei, die am Tage zuvor den Monarchisten zu ihrem Triumph verholfen hat!

Diese kommunistischen Deklamationen nimmt man nicht ernst. Aber die Wahl eines Monarchisten zum Präsidenten der Republik zwingt doch zu gesteigerter Aufmerksamkeit. Hindenburgs Wahl ist im Ausland von den Feinden Deutschlands mit Genugtuung aufgenommen worden. Die Kreise um Poincaré sind zufrieden; die Wahl treibt Wasser auf ihre Mühle. Die Freunde Deutschlands im Auslande und alle die, die eine Befriedung Europas anstreben, sind von diesem Wahlausfall peinlich berührt. Die Verhandlungen, die von verschiedenen Städten und von Industriellen wegen der Erlangung von Krediten in Amerika geführt wurden, sind vorerst vertagt worden. Daß die Bestrebungen auf Befreiung der besetzten Gebiete durch diesen Ausgang der Präsidentenwahl ungünstig beeinflusst sind, liegt auf der Hand.

Den Machern der Wahl Hindenburgs ist es natürlich bekannt, daß der Kreis, der jetzt an die Spitze der Republik berufen wurde, in politischen Fragen völlig unerfahren ist. Ihre Hoffnung geht dahin, Hindenburg ebenso als Atrappe zu benutzen, wie er von Ludendorff und den Seinen im Kriege als Atrappe benutzt wurde. Hierin liegt allerdings eine Gefahr, die nicht unterschätzt werden darf, man braucht sie aber auch nicht überschätzen. Der Präsident der Republik ist kein absoluter Monarch. Ein Mann mit politischen Erfahrungen und seinem politischen Takt kann an dieser Stelle sehr erfolgreich wirken. Ein Dilettant, der von den Drähten seiner Hintermänner dirigiert wird, kann aber sehr leicht stolpern. Es wird also sehr viel vom Reichstag abhängen, der der eigentliche Träger der Macht in Deutschland ist, inwieweit die monarchistischen Reaktionen die Hoffnungen verwirklichen können, die sie auf die Wahl des alten Generals gesetzt haben.

Hinter Hindenburg steht die gesamte politische und wirtschaftliche Reaktion in Deutschland. Sie hat diesmal den Sieg davongetragen, aber ihre Blühträume dürfen nicht reifen. Der Ausgang der Wahl am 28. April muß in dem fortschrittlich gesinnten Teil des deutschen Volkes den Willen kräftigen, sich nun erst recht gegen die Reaktion zur Wehr zu setzen. Unter den Wählern Hindenburgs sind zahlreiche Arbeiter, denen das Klagengefühl abgeht. Diese Tatsache ist betrübend, aber für uns nicht entmutigend. Sie zeigt uns, daß wir noch eine Menge Aufklärungsarbeit zu leisten haben. Diese Arbeit wird geleistet werden. Trotz ihres Erfolges werden die Monarchisten nicht wagen, an dem Bestand der Republik zu rütteln. Wir müssen aber die Republik so festigen, daß ihren Gegnern der Mut genommen wird, auch nur den Versuch zu unternehmen, mittelalterlichen Spul lebendig zu machen. Das sei unsere Lehre aus dem Ergebnis der Wahl des Reichspräsidenten.

Die deutschen Konsumgenossenschaften.

Die deutschen Konsumgenossenschaften hatten nach dem Kriege einen starken Mitgliederzuwachs, aber ihre Geschäftsergebnisse entsprachen diesem Mitgliederzuwachs bei weitem nicht. In einer Statistik, die der Zentralverband deutscher Konsumvereine am Ende des Jahres 1924 aufnahm, haben sich von 1175 angeschlossenen Genossenschaften 1036 beteiligt. Diese zählten 3 444 218 Mitglieder. Der Gesamtumsatz im Jahre betrug 548 741 184 M. oder im Durchschnitt auf jedes Mitglied 159,32 M. Vor dem Kriege, im Jahre 1913/14, wurden 1 717 519 Mitglieder gezählt mit einem Umsatz von 492 980 519 M., das ergibt auf das Mitglied 287 M. Der Umsatz hat sich also stark vermindert, und er erscheint noch geringer, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Preise im allgemeinen erheblich höher sind als vor dem Kriege. Von der Inflation sind auch die Konsumvereine hart betroffen worden, auch ihre Betriebsmittel sind zusammengeschnitten. Die Wiederbeschaffung eines neuen Betriebsfonds ist bisher nur in unzulänglichem Maße gelungen. Die Summe der Geschäftsguthaben betrug Ende 1924 nur 14 998 000 M., das ergibt, auf das Mitglied berechnet, nur 4,35 M. Zu den Geschäftsguthaben kommen noch die Spareinlagen mit zusammen 49 486 000 M. oder auf das Mitglied 14,37 M.

Die absoluten Zahlen, die hier genannt sind, erscheinen imponant, aber bei der Umrechnung auf den Kopf des Mitgliedes erkennt man, daß sie noch sehr unbefriedigend sind. Das ist um so bedauerlicher, als die geringe Teilnahme der Mitglieder der Konsumgenossenschaften hindert, ihre Aufgabe in der Weise zu erfüllen, wie es im Interesse der Mitglieder und der arbeitenden Bevölkerung zu wünschen wäre. Die Konsumvereine haben einen doppelten Zweck zu erfüllen. Ihre unmittelbare Aufgabe ist es, den Mitgliedern gute Waren zum möglichst billigen Preis zu verschaffen. Indem sie das tun, beeinflussen sie die Preise im privaten Warenkleinhandel. Der Krämer ist genötigt, bei der Preisfestsetzung auf die Preise im Konsumverein Rücksicht zu nehmen. Ohne diese Konkurrenz, die ihm natürlich recht unangenehm ist, könnte er in den Warenpreis einen viel höheren Gewinn einfaktulieren.

Im Konsumverein ist jedes Mitglied Mitbestitzer. Der Zweck des Konsumvereins ist nicht, wie der des privaten Kaufmanns, aus dem Warenverkauf Gewinn zu ziehen, sondern er will die Waren, die er für alle Mitglieder gemeinsam eingekauft hat, an die einzelnen je nach ihrem Bedürfnis verteilen. Der Konsumverein kann gar keinen Gewinn erzielen, denn die Kunden, an die er die Waren abgibt, sind ja die Besitzer des Geschäfts. Natürlich muß der Konsumverein Betriebskapital haben. Er soll doch die Waren im großen einkaufen, und er kauft um so billiger, je größer die Menge ist, die er kauft, und je schneller er sie bezahlt. Als Teilhaber des Geschäftsbetriebs muß jedes Mitglied einen Geschäftsanteil einzahlen. Die Summe dieser Geschäftsanteile ist das Betriebskapital des Konsumvereins. Er bedarf dessen, um das Geschäft im Gang zu

erhalten. Meist wird der Geschäftsanteil von den Mitgliedern in kleinen Beträgen abgefordert, doch muß jetzt, wo die Inflation die Barvermögen aufgezehrt hat, dahin gewirkt werden, daß der Geschäftsanteil möglichst bald auf die vorgeschriebene Höhe gebracht wird.

Wichtig und notwendig ist es aber, daß die Mitglieder auch ihre Einkäufe im Konsumverein machen. Es ist das eigene Geschäft der Mitglieder, das in erster Linie berücksichtigt werden muß. Je mehr dort gekauft wird, um so größer der Umsatz ist, um so besser kann der Konsumverein seine Mitglieder versorgen und um so billiger erhalten sie ihre Waren. Mit der Sympathie, die dem großen Gedanken der Selbsthilfe entgegengebracht wird, die sich im Konsumverein verkörpert, ist dieser Käuferorganisation nicht gedient, wenn diese Sympathie nicht praktisch bekundet wird durch die Versorgung aus den Lagern des Konsumvereins. Die Zahlen über den Umsatz der Konsumvereine zeigen, daß diese sehr viele Mitglieder zählen, die es über die platonische Liebe zu der Idee nicht hinausbringen. Die Blüte der Konsumgenossenschaftsbewegung liegt im Interesse des Aufstiegs der Arbeiterschaft. Möge jeder durch aktive Beteiligung an dieser Bewegung dazu beitragen, daß diese das Ziel, das sie sich gesetzt hat, möglichst vollkommen erreicht.

Das Lehrlingsgesetz.

Nach langen Vorbereitungen soll nun endlich der Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes dem Reichstag vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus hat in einer Rede, die er am 15. April im Hauptausschuß des Reichstages hielt, davon gesprochen, daß die Sicherung hochqualifizierter Facharbeiter vor allem durch die Förderung eines gesunden Handwerkerstandes gewährleistet werde. In dieser Richtung werde die Reichsregierung demnächst den Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes vorlegen, der allgemein die berufliche Ausbildung Jugendlicher in allen Berufsgruppen regelt und diese Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretung überträgt.

In dem Referentenentwurf eines Gesetzes über die berufliche Ausbildung Jugendlicher, der seinerzeit den Interessenvertretern vorgelegt wurde, ist gesagt, daß die Durchführung des Gesetzes den „gesetzlichen Berufsvertretungen“ obliegt. Bis zum Inkrafttreten der die Zusammenfassung und die Tätigkeit der gesetzlichen Berufsvertretung regelnden Gesetze sollen die Handwerks- und Gewerbelammern, die Handelskammern und die Landwirtschaftskammern als gesetzliche Berufsvertretung gelten. Die obersten Landesbehörden haben anzuordnen, daß bei diesen Körperschaften Ausschüsse gebildet werden, denen die Durchführung des Gesetzes obliegt. In diesen Ausschüssen sollen neben Vertretern des Schulwesens, der Arbeitsvermittlung, der Jugendfürsorge usw. Unternehmer und Arbeiter in gleicher Zahl und mit gleichem Stimmrecht sitzen, die auf Vorschlag der Organisationen berufen werden.

Hier wäre der Anfang für die Anerkennung der Gleichberechtigung der Gewerkschaften bei der Regelung des Lehrlingswesens gemacht. Das ist aber nur ein Anfang, der unsere Wünsche nach dieser Richtung bei weitem nicht befriedigt. Wie der endgültige Gesetzentwurf in diesem Teil aussieht, und inwieweit sich der materielle Teil von dem Referentenentwurf unterscheidet, kann erst beurteilt werden, wenn der angekündigte Gesetzentwurf vorliegt. Jedenfalls handelt es sich um eine gesetzgeberische Aufgabe, der die Gewerkschaften ein lebhaftes Interesse entgegenbringen.

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 19. Wochenbeitrag für die Woche vom 8. bis 9. Mai fällig geworden.
Berlin S. O. 16, Am Köllnischen Park 2.
Der Verbandsvorstand.

Stimmen zum Verbandstag.

Wäre es nicht angebracht und im Interesse des Verbandes liegend, die Pensions- und Unterstützungskasse als Allgemeingut für alle Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes auszubauen? Ich bin überzeugt, daß es die wirkungsvollste und billigste Agitation für unsern Verband wäre, zu erklären, daß die Pensionskasse für sämtliche deutschen Holzarbeiter gilt. Wir haben wohl die „Vollfürsorge“, das ist aber eine Sache für sich. Ich möchte vorschlagen, einen Beschluß zu fassen, der etwa besagt: „Jeder Holzarbeiter, der das 60. Lebensjahr vollendet, besitzt Anspruch auf Pension, welche am Ersten jedes Monats auf dem Bureau ausgezahlt wird, in der Höhe, daß er seinem Lebensabend ohne Sorge entgegensehen kann.“ Natürlich ist eine Karenzzeit vorläufig notwendig, um erst einen Fonds zu schaffen, um den schon bei Einführung eines solchen Instituts berechtigten Kollegen Rückziehung zu verschaffen. Es muß auch eine Staffelfung nach der Dauer der Mitgliedschaft im Verband vorgenommen werden. Das wird dazu führen, daß die Kollegen bestrebt sein werden, schon in den jungen Jahren dem Verband beizutreten, und daß sie gern ihre Beiträge zahlen, lieber etwas höher als zu niedrig. Der Verband ist dann eine Spartasse, er sorgt außer in wirtschaftlichen Kämpfen auch für die alten Mitglieder, wenn sie verbraucht sind. Die jungen Kollegen werden gern das Opfer bringen, das unsern heutigen Alten schon zugute kommen soll, in dem Bewußtsein, daß auch sie einmal alt werden. Ich für meine Person zahle die Woche gern einen höheren Beitrag, wenn ich weiß, daß außer im Kampf auch für meinen Lebensabend vom Deutschen Holzarbeiter-Verband gesorgt wird. Die Pensionskasse erfordert keinen neuen Verwaltungsapparat, auch die vielen Staffellungen der Marken können in Wegfall kommen, dagegen würde sich der Verband zu einer starken Macht entfalten. Der Verbandstag sollte diese Frage gründlich erwägen.
Sperling (Görlitz).

Der Schrei zur Schaffung einer Pensionskasse für Arbeiter wird immer stärker und kann nicht mehr überhört oder unterdrückt werden. Es ist zweifellos richtig, wenn Kollege Wähle (Sohland) schreibt, daß ein Arbeiter, wenn er in die fünfziger Jahre kommt, einer düsteren Zukunft entgegensehen muß. Das große Elend, das mit der Entlassung der

alten Arbeiter heraufbeschworen wird, verlangt gebieterisch die Schaffung einer Pensionskasse. Die Vorschläge des Kollegen Wähle sind sicherlich gut gemeint. Er betrachtet die Pensionskasse, die der Hamburger Verband für die Funktionäre geschaffen hat, als ein Fundament, auf dem man sofort aufbauen kann. Wahrscheinlich hat er aber die Stimmen, die gegen die Pensionskasse für die Funktionäre laut geworden sind, überhört. Alle Kollegen, die Gegner unserer Pensionskasse sind, glauben eben, daß eine solche Einrichtung nicht nur einem kleinen Kreise, sondern der Gesamtheit zugute kommen müsse, und daß das die Aufgabe des Reiches sei. Das letztere ist auch der Grund, weshalb die Verwaltungsstelle Kaiserslautern an den Verbandstag in Stuttgart den Antrag gestellt hat, daß der 12. Gewerkschaftskongreß beauftragt wird, sich mit der Umgestaltung der gesamten Sozialversicherung zu beschäftigen. Die vorhandenen Versicherungszweige, wie Kranken-, Invaliden-, Unfall- und Unfallversicherung, sollen zu einer allgemeinen Sozialversicherung umgestaltet werden, der gleichzeitig die Pensionskasse angegliedert werden muß. Dieses neue Versicherungsunternehmen soll auch eine einheitliche Verwaltung bekommen, die billiger arbeitet. Zur Pensionskasse müssen natürlich auch Beiträge erhoben werden. Man wird einwenden, daß wir auf die Schaffung eines solchen Gesetzes lange warten können. Dagegen muß eingewendet werden, daß das Reich, die Länder und die Gemeinden für ihre Beamten und Arbeiter heute schon solche Pensionseinrichtungen besitzen. Auch in anderen Ländern drängt jetzt die organisierte Arbeiterschaft auf Versorgung der Arbeiter bei Invalidität und Alter. Der englische Gewerkschaftskongreß in Hull hat am 3. September 1924 eine Erklärung über die Grundrechte der Arbeiter angenommen, wobei auch die Schaffung einer Pensionskasse gefordert wird. Diese Forderung zeigt, daß auch die englischen Arbeiter eine Versorgung vom Staate verlangen. Der Verbandstag in Stuttgart wird sich wohl oder übel auch mit dieser Frage zu beschäftigen haben, und dazu kann unser Antrag eine geeignete Grundlage abgeben.
Schneider (Kaiserslautern).

Gautag in Hamburg.

Unser Gautag am 10. und 11. April im Hamburger Gewerkschaftshaus hat den Beweis erbracht, daß ein Stamm von Kollegen vorhanden ist, der eine gewerkschaftliche Schulung nicht vermissen läßt. Die ruhige Sachlichkeit bei den Verhandlungen legte Zeugnis davon ab, daß in unserem Gau die Krisis überwunden ist und unsere Kollegen sich der Kraft bewußt sind, die in einer geschlossenen Vereinigung liegt. Von den 68 Verwaltungsstellen des Gaus waren 61 durch 80 Delegierte vertreten. Über die Lohnbewegungen berichtete Gauvorsitzer Willems ausführlich. Mit 50 Pf. wertbeständigem Lohn in Ortsklasse I mußten wir beginnen; heute beträgt der Durchschnittslohn vertraglich 87 Pf. Die Zerbrechung der Einheitsfront der Arbeitgeber führte in unserem Gau zwar zu einer Teilung des Lohngebietes, doch überschätzten auch hier die Unternehmer ihre Kraft. In einer Reihe von Orten mußten die Kollegen die Anerkennung des Vertrages erkämpfen. Besonders die Kollegen in Stade hielten sich tapfer und konnten nach einem vierwöchigen Streik einen vollen Sieg verzeichnen. Kollege Bleda beleuchtete die verschiedenen Aufklärungs- und Werbarten. Durch die erhöhte Werbetätigkeit im März seien im Gau 1100 neue Mitglieder gewonnen, zum Teil wiedergewonnen worden. Wenn wir den Achtstundentag gehalten haben, so ist dieses nicht zum geringsten Teil auf die Aufklärungsarbeit zurückzuführen, die wir früher geleistet haben. In der Aussprache wurden eine Reihe Wünsche und Anregungen vorgebracht. Die Tätigkeit des Gauvorstandes fand allseitige Anerkennung.

Besonders aufmerksame Zuhörer fand Kollege Larnow bei seinem Vortrag über den Verbandstag in Stuttgart. Er erinnerte kurz an die zurückliegende Zeit. Wenn das Steuer im letzten Augenblick vor dem Abgrund herumgerissen worden ist, so seien die Gewerkschaften mehr daran beteiligt gewesen, als allgemein bekannt sei. Überzeugend konnte Larnow nachweisen, was schuld war an dem Niedergang der Gewerkschaften, und klar und deutlich zeichnete er auch den Weg, den die Gewerkschaften gehen müssen, um das Ziel zu erreichen: Einfluß auf die Wirtschaft zu bekommen. Von einer Aussprache über den Vortrag wurde nach einem Beschlusse des Gautages abgesehen. Die Beratung der Anträge zum Verbandstag nahmen eine erhebliche Zeit in Anspruch. Von den 19 vorliegenden Anträgen verteilten neun der Ablehnung, zwei wurden zurückgezogen und zwei dem Vorstand überwiesen; zwei Anträge sollen als Richtlinien bei Lohnverhandlungen gelten. Nach einem angenommenen Antrag der Verwaltungsstelle Bremen soll versucht werden, das Beitrags- und Unterstützungswesen in den Gewerkschaften einheitlich zu regeln, und nach einem Antrag der Verwaltungsstelle Lübeck sollen sich die Gehälter der Verbandsangestellten prozentual auf den Tariflöhnen aufbauen. Ein weiterer Antrag fordert den Abschluß von Kartellverträgen mit einigen anderen Gewerkschaften. In seinem Schlusswort konnte Kollege Bleda mit Befriedigung feststellen, daß das Problem der Organisationsform für uns gelöst, die Einheitsfront hergestellt und die Zeit gekommen zu sein scheint, uns in sachlicher Form über alle Zeit- und Streitfragen wieder verständigen zu können.
D. R.

Gautag des Gaus Brandenburg.

Unsere Gaukonferenz fand am 18. und 19. April in Berlin im Gewerkschaftshaus statt. Sie war von 100 Kollegen aus 99 Verwaltungsstellen besetzt. Einige Verwaltungsstellen hatten in Würdigung der Bedeutung einer solchen Konferenz einen zweiten Kollegen auf Kosten ihrer Lokaltaxe geschickt. Der Bericht des Gauvorstandes lag gedruckt vor. In der mündlichen Ergänzung wiesen die Gauvorsitzer hauptsächlich auf die Schwierigkeiten hin, die in unserem Gau einer geregelten und den Verhältnissen entsprechenden Lohnbildung im Wege standen. Durch die Streikbewegungen, die der Verband um die Erhaltung des Achtstundentages besonders in Süddeutschland und in einigen anderen Gauen des Reiches führte, mußte der Gau Brandenburg zunächst zurückstehen. Wir waren in der Hauptsache auf die Hilfe der Schlichtungsausschüsse angewiesen, von denen nach der Einstellung der ihnen übergeordneten Instanzen recht wenig zu erwarten war. Erst gegen Ende des Jahres 1924 konnte ein einigermaßen den Verhältnissen entsprechender Lohn

vereinbart werden. Unter den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen und zum Teil auch unter den politischen Wirren in der Arbeiterbewegung stießen auch unsere Mitglieder. Am 31. Dezember 1922 wurden 52 797, am 31. Dezember 1923 43 192 und am 31. Dezember 1924 38 809 Mitglieder im Gau gezählt.

Das Referat über den Verbandstag in Stuttgart hielt der Kollege Jahn. Er streifte all die Schwierigkeiten, unter denen der Verband in den Jahren 1923 und 1924 gearbeitet hat. Er wies auf die fortgesetzte Besserung der Verhältnisse des Verbandes nach der Stabilisierung hin und auf den großen Erfolg, mit dem der Verband trotz Inflation und Mitgliederverlust im Jahre 1924 um den Achtstundentag und um bessere Löhne gekämpft hat. Besonders hob er auch die kulturellen Erfolge der gewerkschaftlichen Organisationen und des Holzarbeiter-Verbandes hervor, der sich als Ziel in der Gesamtorganisation der Arbeiterbewegung neben der realen Tagesarbeit die Befreiung der Unterdrückten von ihren Unterdrückern gesetzt hat. Die Diskussion zeigte mit wenigen Ausnahmen das Einverständnis der Kollegen mit den Ausführungen der Referenten. Die Erfolge, die der Verband wie keine andere gewerkschaftliche Organisation Deutschlands unter den größten Schwierigkeiten im Jahre 1924 zu verzeichnen hatte, wurden allgemein anerkannt. Ein Zusammengehörigkeitsgefühl, aus der Überzeugung getragen, daß es wieder vorwärts geht, befeuerte alle Teilnehmer der Konferenz. Mit dem Wunsche, daß sich diese Erkenntnis weiter mit Erfolg steigern, schloß der Vorsitzende die Konferenz.

Gautag in Düsseldorf.

Daß die Befehungsverhältnisse im Rheinland in den letzten Jahren eine kleine Entspannung erfahren haben, geht auch daraus hervor, daß der Gautag wieder in Düsseldorf tagen konnte. Vor zwei Jahren war das nicht möglich, die Kollegen mußten ins unbefestete Gebiet, nach Elberfeld flüchten. Am Gautag, der am 18. und 19. April stattfand, nahmen 87 Delegierte teil. Einige kleinere Verwaltungsstellen waren nicht vertreten. Als Vertreter des Verbandsvorstandes war Kollege Scheffler anwesend. Gauvorsteher Kollege Hartung berichtete über die Lohnbewegung in den letzten Jahren. Die Ruhrbefegung erdrockte das Wirtschaftsleben und legte auch die Verbandstätigkeit zeitweise lahm. Ungeheure Schwierigkeiten waren zu überwinden, und sie wurden auch überwunden. Auch unter den Separatistenunruhen hatten die Kollegen und die Verbandsarbeit schwer zu leiden. Den Unternehmern war die durch die Ruhrbefegung geschaffene Notlage ein willkommenes Anlaß, mit voller Kraft gegen die Gewerkschaften anzurennen. Ihr Hauptziel war die Beseitigung des Achtstundentages. Das ist ihnen in der Holzindustrie nicht gelungen. Unser Verband hat auch in Rheinland-Westfalen Erfolge zu verzeichnen, auf die wir stolz sein können. Trotz aller Widerstände ist es uns gelungen, das Errungene nicht nur zu erhalten, sondern noch weitere Fortschritte zu machen. Aber die Agitation berichtete Gauvorsteher Kollege Meyer. Der Mitgliederrückgang ist in erster Linie auf den Rückgang der beschäftigten Holzarbeiter zurückzuführen. In manchen Verwaltungsstellen hat es aber auch an der nötigen Arbeitsfreude für den Verband gefehlt. Besonders stark ist der Mitgliederverlust in solchen Orten, wo die sogenannte „Opposition“ die Führung hatte. In den letzten Monaten ist überall eine Besserung der Verhältnisse eingetreten, und wo die Agitation mit Eifer und Ernst betrieben wurde, ist eine erfreuliche Mitgliederzunahme zu verzeichnen. In der lebhaften Aussprache wurde die Tätigkeit des Gauvorstandes fast allgemein anerkannt.

Aber den Verbandstag in Stuttgart hielt Kollege Scheffler einen inhaltreichen Vortrag. Nach einem Rückblick auf die Verbandsarbeit in den letzten zwei Jahren beschäftigte er sich mit den nächsten Aufgaben des Verbandes, dem Organisationsproblem im WDB, ferner mit aktuellen Wirtschaftsfragen (Handelsverträge, Zölle und Steuern) und der sozialen Gesetzgebung. Auch an diesen Vortrag knüpfte sich eine lebhaft sachliche Aussprache. Soweit Einwendungen erhoben wurden, gingen diese von falschen Voraussetzungen aus. Von den zahlreichen Anträgen fanden einige die Zustimmung des Gautages. Zusammenfassend kann gesagt werden, der Gautag war ein hoffnungsvoller Auftakt für die kommende Verbandsarbeit.

Der Gautag in Ostpreußen.

Am 19. April versammelten sich 51 Delegierte aus 48 Verwaltungsstellen in Königsberg. 6 Verwaltungsstellen fehlten. Der Verbandsvorsitz sandte uns den Kollegen Larnow. Vor Eintritt in die Verhandlungen verlas Kollege Schnabel ein Schreiben des erkrankten Gauvorstehers, Kollegen Trinowiz, in dem derselbe dem Gautag gute Arbeit wünscht. Gau wollte er dabei sein, um Rechenschaft über seine Tätigkeit abzulegen, doch das Verbot des Arztes halte ihn zurück. Der Gautag übermittelte ihm darauf telegraphisch einstimmig das Vertrauen und wünschte ihm baldige Genesung. Aus dem Geschäftsbericht des stellvertretenden Gauvorstehers, Kollegen Schabel, ist zu entnehmen, daß die verfloßene Geschäftsperiode auch uns in Ostpreußen viel zu schaffen machte. Unsere Unternehmer haben sich im Holzgewerbe sowohl als auch in der Sägewerksindustrie stark organisiert und sind als hartnäckige Gegner bekannt. Insbesondere der Arbeitgeberverband für Handel, Gewerbe und Industrie hat durch seine berüchtigte Denkschrift an das Arbeitsministerium, in der er die ostpreussische Arbeiterklasse als minderleistungsfähig hinzustellen versuchte, unsere Kollegen zum festeren Zusammenschluß gebracht. Der Gautag beschloß, daß die Denkschrift sowie auch die Entgegnung des Gauvorstandes an das Ministerium den Verwaltungsstellen zugesandt werden soll. Neben den Hauptkämpfen mußten Hunderte von Einzelkämpfen eingeleitet und durchgeführt werden.

Gefährden können wir, wenn wir auch keine allzu großen Erfolge erzielen könnten, wir aber in Anbetracht der Isolation mit ihren Folgeerscheinungen auch nicht einen Schritt laßer ließen und unsere Positionen mit keinen Verbesserungen behaupteten. Die Aussprache zum Geschäftsbericht zeigte einstimmiges Vertrauen zum Gauvorstand und die Verhandlungskommissionen. Anderslautende Anträge wurden ebenfalls einstimmig abgelehnt.

Über die Aufgaben des diesjährigen Verbandstages referierte Kollege Larnow: Die „Stellungnahme der Arbeiter-

schaft zur Wirtschaft und zum Staat“ war der Grundgedanke seines Vortrages.

In seinen Ausführungen zeigte er dem Gautag die Stellungnahme der Arbeiterschaft zu dem gewesenen monarchistisch-reaktionären Klassenstaat. Solange der Arbeiter in diesem Staat nur als Arbeitstier betrachtet und von allen Einrichtungen ferngehalten wurde, war es selbstverständlich, daß er sich einen Staat verneinte und im schärfsten Kampfe gegen ihn stand. Der jahrzehntelange Kampf der Arbeiterschaft um das Mitbestimmungsrecht hat seinen Niederschlag in der jetzigen Reichsverfassung gefunden. Nach derselben ist der Arbeiter bei allen sozial- und wirtschaftspolitischen und sonstigen Maßnahmen zu hören, und er hat heute in dem demokratisch-republikanischen Staate ein Wort mitzureden. Deshalb muß seine Stellungnahme heute eine andere sein. Nicht Kampf gegen den Staat, sondern Kampf um den Staat soll die Parole lauten. Die Gewerkschaften haben heute neben den notwendigen Kämpfen um die Besserstellung ihrer Mitglieder die Aufgabe, für eine vermehrte Produktion zu sorgen; dann aber auch den so geschaffenen Mehrverdienst nicht in den Händen einzelner zu belassen. Auf Wunsch des Gautages wurde von einer Diskussion über den Vortrag abgesehen. Nachdem die Beratung der Anträge in ruhiger, sachlicher Weise erfolgt war, konnte die Tagung nach neuntägiger Arbeit mit dem Bewußtsein beschloßen werden, daß es auch in Ostpreußen aufwärts und vorwärts geht.

Korrespondenzen.

Bernau bei Berlin. Unsere Verwaltungsstelle kann auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Dieses gab Veranlassung, unsere Mitglieder zu einem gesellschaftlichen Abend zusammenzuführen. Bei dieser Gelegenheit hielt Kollege P. Dupont, ein Veteran unseres Verbandes, eine treffliche Festrede. Wir sind nicht nur zum Arbeiten da, auch Freude wollen wir am Leben haben. So leitete er seine Ausführungen ein, in denen er ein großzügiges Bild von der Entwicklung der Arbeiterbewegung gab. Sein dringendstes Ermahnen: „Vertrauen um Vertrauen, Alte wie Junge, jeder schlicke sich der Bewegung an, keiner stelle sich abseits!“ wird seine Wirkung nicht verfehlen. In dieser fürchterlichen Zeit, wo die Arbeiterschaft zersplittert und gespalten am Boden liegt und man mit Uneinigkeit nur der herrschenden Klasse dient, ist der Mahnruf doppelt zu beherzigen: „Seid einig in der Gewerkschaft!“ Konzerte, Gesang und Rezitationen hielten die Kollegen in angeregter Stimmung lange beisammen. Die Feier des 25jährigen Bestehens unserer Verwaltungsstelle kann als eine vorzüglich gelungene bezeichnet werden, und sie wird ihre Nachwirkung nicht verfehlen.

Unsere Lohnbewegung.

„Soziale Unternehmer.“

Ein Schulbeispiel von Rücksichtslosigkeit gegen die Arbeiter geben zurzeit die Korbfabrikanten von Grauelsbaum, Lichtenau und Umgegend. Schon in der Vorkriegszeit waren in dieser Gegend die erbärmlichsten Löhne üblich. Die Arbeiter waren aber auch nicht organisiert, und diesen Zustand nutzten die Unternehmer in der Kriegszeit rücksichtslos zu ihrem Vorteil aus. In fast allen Orten der Umgebung eröffneten die Unternehmer Betriebe, wo in kurzer Zeit Hunderte von Korbarbeitern herangezogen wurden. Solange die Inflation dieser Massenproduktion günstig war, konnte dieser Zustand aufrechterhalten werden. Mit der Festigung der Währung mußte diese Schleuderproduktion aufhören, und seit dieser Zeit werden die Löhne gedrückt, daß sie zeitweise nicht einmal die Sätze der Erwerbslosenunterstützung erreichten.

Die Ungunst der Konjunktur zwang die Arbeiter, sich damit abzufinden. Das ermutigte die Unternehmer zu neuen Lohnrückdrückereien. Im Herbst 1924 verkündeten sie durch einen Anschlag am Fabriktrepp, daß die Firmen gezwungen seien, einen weiteren Abzug von 10 Prozent an den Löhnen und Akkordpreisen vorzunehmen. Wenn die Arbeiter diesen Abzug nicht akzeptierten, würde die Arbeitszeit auf 24 Stunden wöchentlich verkürzt, dagegen könnten sie zehn Stunden täglich arbeiten, wenn sie diesen Abzug in Kauf nähmen. Da der Abzug abgelehnt wurde, wurde Kurzarbeit eingeführt. Den Arbeitern, die gehen wollten, wurde der Entlassungsschein verweigert, damit sie keine Erwerbslosenunterstützung oder Notstandsarbeit bekamen.

Als der Geschäftsgang sich etwas besserte, beauftragten die Arbeiter und Arbeiterinnen die Organisation, Forderungen zu stellen. Die Unternehmer spielten den Bedrängten, weil der Organisationsvertreter in einer Zuschrift den Vorwurf „unsozialen Handelns“ erhoben hatte. Dieser Vorwurf mußte zurückgenommen werden, ehe die Herren mit der Organisation verhandelten. Das wurde abgelehnt und der Schlichtungsausschuß angerufen. Ehe dieser in Funktion trat, verhandelten die Unternehmer mit den Betriebsräten. Hierbei wurde ein Spitzenlohn von 42 Pf. vereinbart, auf den, nach dem bestehenden Tarifverträge, ein durchschnittlicher Akkordmehrverdienst zu kommen hätte.

Aber was gelten den Korbfabrikanten von Grauelsbaum und Lichtenau Tarifverträge. Die große Mehrzahl der Beschäftigten verdient im Akkord nicht einmal den Stundenlohn, und Wochenverdienste von 10 bis 12 Mk. für Familienväter sind keine Seltenheiten.

Inzwischen kamen wieder Heeresaufträge zur Vergebung. Hierbei gaben die Firmen derartig niedrige Submissionsgebote ab, daß selbst die Heeresverwaltung ernste Zweifel hegte, ob zu diesen Angeboten geliefert werden könne. Auf eine diesbezügliche Anfrage der Vergebungsstelle wurde von einem der dortigen Fabrikanten die Erklärung abgegeben, daß die von ihnen eingeführten „amerikanischen Produktionsmethoden“ ihnen eine solche Preisbildung gestatten. Daraufhin erhielten die Firmen nicht unerhebliche Aufträge. Den Arbeitern war nicht anbelangen geblieben, daß den Firmen bei Übernahme der Aufträge die Verpflichtung auferlegt war, ortsangewessene Löhne zu zahlen.

Da solche nicht gezahlt wurden, und Verhandlungen von den Firmen mit der kategorischen Erklärung abgelehnt wurden, daß sie keine höheren Löhne zahlen könnten, wurde der Karlsruher Schlichtungsausschuß angerufen, der dann einen Schiedsspruch fällte mit einem Spitzen-

lohn von 48 Pf. und die Akkordpreise so festsetzte, wie sie nach dem Tarifvertrag sein müssen. Die Unternehmer lehnten diesen Schiedsspruch ab, worauf der hiesige Landeschlichter denselben für verbindlich erklärte.

Schon 14 Tage vorher wurde in allen Betrieben ein Anschlag gemacht, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen zum 15. April gekündigt sei, falls es dem Landeschlichter einfallen sollte, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären. Als die Verbindlichkeitserklärung am 18. April kam, wurden sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen in Grauelsbaum, Lichtenau, Scherzheim, Helmlingen und Leitersheim augesperrt. Von dieser Aussperrung sind etwa zweihundert Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen.

Man sollte annehmen, daß in Betrieben mit „amerikanischen Produktionsmethoden“ auch ebensolche Verdienste erzielt werden. Aber selbst bei diesen Heeresaufträgen wurden von geübten Korbmachern nur Akkordverdienste von täglich 2,16 Mk. erzielt. Für Arbeiten, für die andere Firmen 1,80 Mk. zahlen, werden bei den Grauelsbaumer Firmen 1,08 Mk. gezahlt. Das sind die „amerikanischen Produktionsmethoden“, mit denen diese Firmen so niedrige Submissionsangebote machen konnten. Bei festlicheren Verhandlungen wurde dauernd auf die Konkurrenz von Coburg und Lichtenfels hingewiesen und ein regelmäßiger Abtrieb von den dortigen Löhnen verlangt, obwohl auch die dortigen Löhne schon nicht mehr zum Leben reichen. Was die Unternehmer wollen, hat der geistige Inspirator der Unternehmer erklärt: „Wir müssen wesentlich billiger absehen können als Thüringen, um das ganze Geschäft an uns zu reißen.“

Die Ausgesperrten sind entschlossen, nicht eher in die Betriebe zurückzukehren, bis die Unternehmer bereit sind, menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren. Sie werden auch die Absicht der Unternehmer durchkreuzen, die Organisation der Arbeiter auszuschalten, um wieder nach eigener Willkür herrschen zu können. Gesperrt kann man sein, ob die Behörden, die sonst so schnell mit Zwangsrichtern zur Hand sind, wenn den Unternehmern Gefahr droht, auch hier so große Energie aufbringen, zumal es sich noch dazu um Heeresaufträge handelt. Die Ausgesperrten werden allerdings gut tun, sich darauf nicht zu verlassen. Ein großer Teil hat das auch bereits eingesehen und sich andere Beschäftigung gesucht, bei der sie zum Teil das Doppelte von dem verdienten, was sie bei den so „sozialen Arbeitgebern“ der Korbindustrie verdienten.

Die Differenzen in der sächsischen Metallindustrie.

In der sächsischen Metallindustrie war der am 15. Februar 1924 abgeschlossene Vertrag gekündigt worden. Wegen seiner Erneuerung fanden vom 10. bis 13. März Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß in Dresden statt; sie endeten mit der Fällung von 13 Schiedssprüchen, die sodann für verbindlich erklärt wurden. Die in der Metallindustrie beschäftigten Holzarbeiter lehnten die Schiedssprüche ab. Sie verlangten Sonderverhandlungen, wozu sie nach den Bestimmungen des Mantelvertrages berechtigt sind. Über die Anträge unserer Kollegen wurde am 27. März ergebnislos verhandelt. Vorher war in einigen Betrieben in Dresden und Bautzen die Arbeit eingestellt worden. Nach dem Scheitern der Verhandlungen kam es zu weiteren Arbeitseinstellungen in Chemnitz, Zwickau, Plauen, Burgstädt und Reichenbach. Nunmehr kündigten die Metallindustriellen die allgemeine Aussperrung an. In diesem kritischen Stadium griff das sächsische Arbeitsministerium ein. Am 24. und 25. April fanden Verhandlungen statt, die zu einem befriedigenden Ergebnis führten. Es wurde festgestellt, daß Betriebe, die dem Verbands der Metallindustriellen angeschlossen sind, aber ausschließlich holzindustrielle Erzeugnisse herstellen, nicht unter den Vertrag für die Metallindustrie fallen. Das gleiche gilt für die vom Gesamtbetrieb getrennten Abteilungen für holzindustrielle Erzeugnisse, die Betrieben der Metallindustrie angegliedert sind. Wo im gleichen Betrieb Erzeugnisse der Metallindustrie und der Holzindustrie hergestellt werden, gilt der Tarif für die Metallindustrie, für die Entlohnung der Holzarbeiter aber der Lohnvertrag für die Holzindustrie. Für Holzarbeiter sind die Fachabteilungen der öffentlichen Verwaltungen die Fachabteilungen der Metallindustrie sind Vorschriften getroffen, die denen in unseren Verträgen in der Holzindustrie entsprechen. Der Grundlohn der gelernten Holzarbeiter ist um 10 Prozent höher als der der Metallarbeiter. Das gilt sinngemäß auch für die Leistungszulagen und für Akkordarbeit. Demnach beträgt z. B. der Mindestlohn der Holzarbeiter in Chemnitz 71,5 Pf., und er steigt mit den Leistungszulagen auf 81,5 Pf. Dieser Vereinbarung haben unsere Kollegen zugestimmt, so daß die Arbeit am 30. April wieder aufgenommen werden konnte.

Für den Landesbezirk Schlesten hat, wie bereits gemeldet, der Schlichtungsausschuß Breslau einen Schiedsspruch gefällt, der den Spitzenlohn in Ortsklasse II ab 4. April auf 70 Pf., ab 16. Mai auf 72 Pf. festsetzt. Unsere Kollegen haben diesen Schiedsspruch als ungenügend abgelehnt. Die Unternehmer haben beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitsklärung beantragt. Dort fanden am 29. April wiederum Verhandlungen statt. Das Ergebnis war, daß der Vorsitzende im Einverständnis beider Parteien einen Vorschlag unterbreitete, der den Durchschnittslohn in Ortsklasse II ab 4. April auf 70 Pf., ab 9. Mai auf 73 Pf. und ab 17. Juni auf 78 Pf. festsetzt. Für den Fall der Annahme sollte die Arbeitsaufnahme am 4. Mai erfolgen. Inzwischen haben die Arbeitgeberorganisationen in Breslau den Vorschlag angenommen, so daß die Arbeit dort am 5. Mai aufgenommen werden kann. Dagegen wurde der Vorschlag von dem Landesverband der Unternehmer abgelehnt, der statt dessen die Aussperrung angekündigt hat.

Für den Landesbezirk Schleswig-Holstein wurden die Verhandlungen über den Landestarifvertrag am 24. April zu Ende geführt. Der Vertrag entspricht mit unwesentlichen Abweichungen dem Hamburger Vertrag. Die Ortsklasseneinteilung soll binnen 14 Tagen unter dem Vorsitz des Lübecker Schlichters Dr. Vint geregelt werden.

Für den Landesbezirk Hessen-Nassau (südlich) und Freistaat Hessen wurde eine neue Lohnvereinbarung getroffen. Mit Wirkung vom 20. April an beträgt der Durchschnittslohn in den Ortsklassen I bis V 92, 85, 80, 75 und 70 Pf. Diese Vereinbarung gilt bis zum 20. Juni. Über die Festsetzung der Löhne nach dem 20. Juni finden am 15. Juni Verhandlungen statt.

Für das Sägerei- und Holzgewerbe in Südbayern wurde am 27. April vor dem vom bayerischen Landesrichter eingesetzten Schiedsgericht verhandelt. Für das Gebiet bestehen zwei Lohnabkommen, auf deren getrennte Erhaltung die Unternehmer großes Gewicht legen. Immerhin wurde für beide Lohnbezirke gemeinsam verhandelt. Das Ergebnis war ein einstimmig gefällter Schiedsspruch, der eine ansehnliche Lohnerhöhung bringt, die sich allerdings auf drei Termine verteilt. In Oberbayern-Schwaben beträgt der Spitzenlohn in den 5 Ortsklassen ab 2. Mai 72, 66, 61, 56 und 52 Pf.; ab 30. Mai 76, 70, 65, 59 und 55 Pf.; ab 1. August 80, 74, 68, 63 und 58 Pf. Für Niederbayern kommen nur die Ortsklassen II bis V in Betracht. Der Spitzenlohn beträgt hier ab 2. Mai 64, 59, 54 und 50 Pf.; ab 30. Mai 68, 63, 57 und 53 Pf.; ab 1. August 72, 66, 61 und 56 Pf.

Für die erzgebirgische Kistenindustrie fällt das Lohnamt in Oberhau am 22. April einen Schiedsspruch, der den Spitzenlohn ab 10. April auf 58 Pf. festsetzt.

In Altsiedelstadt a. Aller befinden sich die Arbeiter der Schuhleistenfabrik Priller Winter seit dem 27. April im Streik. Unsere Kollegen verlangten eine Lohn-erhöhung auf 67 Pf., doch wollte die Firma höchstens 60 Pf. zahlen. Sie sucht nun in auswärtigen Zeitungen Arbeitskräfte. Zugang ist fernzuhalten.

In Coburg und Neustadt bei Coburg dauert der Streit der Schreiner fort. Die Unternehmer, die den bayerischen Tarifvertrag nicht anerkennen und die Löhne nach diesem Vertrag nicht zahlen wollen, haben sich mit ihrer Dickköpfigkeit in eine ille Situation gebracht. Das gestehen sie auch in einer Veröffentlichung im „Fränkischen Kurier“ vom 27. April ein. Zwar reden sie dort wider besseres Wissen von zahlreichen Austritten aus der Gewerkschaft und Arbeitsaufnahmen. Die Hauptfrage ist ihnen aber doch die dringende Bitte an die auswärtigen Unternehmer, die aus den Streikorten kommenden Schreiner nicht einzustellen — damit die Coburger Eigenbrötler durch untertänigliche Bezahlung ihrer Arbeiter den Unternehmern an anderen Orten besser Konkurrenz machen können. Wir können also feststellen, daß es den Coburger Unternehmern bei der Geschichte nicht ganz wohl ist; um so zuverlässlicher sind unsere Kollegen. Sie sind überzeugt, daß sie auch ihre Unternehmer zur Vertrags-treue erziehen werden.

In Cöthen konnte der Streit in der Karosserie-fabrik Hoffmann u. Schulze nach siebentägiger Dauer am 21. April erfolgreich beendet werden. Der Stundenlohn wurde von 70 auf 80 Pf. erhöht und die Ferien sowie die achtsündige Arbeitszeit gesichert.

In Hessisch-Lichtenau bei Cassel bestanden schon seit längerer Zeit Differenzen in dem Baugeschäft Fröh Röder, dessen Inhaber sich hartnäckig weigert, den Tarif anzuerkennen. Am 31. März wurde die ganze Belegschaft, 80 Arbeiter, darunter 22 Säger und 12 Tischler, ausgesperrt. Am 28. April konnte der Kampf erfolgreich beendet werden. Für die Säger wurde der Lohn um 10 Pf. auf 55 Pf., für die Tischler um 15 Pf. auf 65 Pf. erhöht.

In Remmied und Udernach besteht ein sogenannter Wirtschaftsverband der Unternehmer, dem auch einige größere Betriebe der Holzindustrie angeschlossen sind. Das Verlangen, auch in diesen Betrieben nach den Sätzen des Landestarifvertrages für das Rheingebiet zu zahlen, lehnten die Unternehmer ab, darauf legten am 22. April etwa 200 Kollegen die Arbeit nieder. Als dann auch am folgenden Tage 350 Kollegen, die gesamte Belegschaft einer Sperrholz-fabrik, diesem Beispiele folgten, hatten es die Unternehmer mit Verhandlungen sehr eilig. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, nach welcher alle Spitzenlöhne der männlichen Arbeiter um 7 Pf. erhöht wurden. Demnach beträgt der Lohn der Handwerker über 24 Jahre 71 Pf., der angelernten Arbeiter 62 Pf., der Ungelernten 58 Pf. und der Arbeiterinnen 41 Pf. Die soziale Zulage bleibt bestehen.

Aus der Holzindustrie.

Schuzzölle und ihre Begründung.

Die Reichsregierung stellt einen neuen Zolltarif auf. Ihre Vorlage unterliegt gegenwärtig der Begutachtung des Reichswirtschaftsrates. An dessen Beratungen nehmen zahlreiche Unternehmer als Sachverständige teil. Die meisten dieser Sachverständigen bemühen sich im Schweiße ihres Angesichts, die Mitglieder des Reichswirtschaftsrates und die Regierungsvertreter davon zu überzeugen, daß gerade ihre Industrie einen möglichst hohen Schuzzoll brauche. Dabei wird es mit der Wahrheit meistens nicht so genau genommen. Im „Berliner Tageblatt“ plaudert Bernhard Sulmann über: Eine Stunde Zolltarifberatungen beim Reichswirtschaftsrat. Zur Beratung standen die Zollsätze für Bürsten. Wie die meisten der Unternehmenssachverständigen, kennen auch die aus der Bürstenindustrie nur ein Ziel: Schuzzölle. Wie diese begründet wurden, darüber schreibt Sulmann:

„Die Unternehmer verlangen für ordinäre Haus-haltungsbürsten und Besen einen Zollsatz, der vier- bis fünfmal so hoch sein soll wie bisher. Die Vertreter der Behörde, welche über eine so hohe Forderung ganz überrascht waren, wünschten nähere Begründung, worauf ein Vertreter der groben Bürstenwaren eine Wurzelbürste vorlegte, die aus der Tschechoslowakei in großen Mengen (?) nach Deutschland zum Preise von 3 Mk. das Duzend ab Böhmen eingeführt würde. Der Herstellungspreis im Erzgebirge betrage bereits 4 Mk. In-folgedessen sei ein Zoll von etwa 40 bis 50 Prozent nötig, damit das Inland mitkonkurrieren könne. Der Preisunter-schied gegen die böhmischen Bürsten rühre daher, daß das Holz und die Arbeitslöhne in Böhmen viel billiger seien als bei uns. Tausende von Arbeitern würden brotlos ufm... Auf eine Anfrage, wie sich die Kal-fulation in der Herstellung gestalte, erklärte der Sach-verständige unter Beteiligung einiger anderer Groß-industrieller: Die Wurzelbäume koste allein 280 Mk. je

ein Duzend Bürsten, hierzu komme 1,20 Mk. für Messing-draht, Holz, Arbeitslohn. Da nun die Wurzelbäume aus Amerika kommt und von der Tschechoslowakei zu den gleichen Preisen eingeführt werden muß wie bei uns, so steht man plötzlich und unerwartet vor der Tatsache, daß die Argumente des Sach-verständigen nicht stimmen können, denn weder die niedrigen Arbeitslöhne noch das billigere Holz können den niedrigen Preis in Böhmen für die fertige Ware er-klären, da ja der böhmische Verkaufspreis einschließlich Verdienst nur gerade den ausländischen Rohstoffpreis deckt!

Ein anderer Sachverständiger berichtet bezüglich Feln-bürsten, daß in England Pferdekarbätschen aus-rechnen Bürsten auf dem Markt seien, die etwa 38 Schilling das Duzend kosten. Bei uns seien diese Karbätschen nicht unter 90 bis 100 Mk. das Duzend zu liefern. Der Sach-verständige verlangt daher einen hohen Schuzzoll. Erklärt wird der große Preisunterschied dadurch, daß diese Kar-bätschen in Japan hergestellt werden, wo die Arbeitslöhne und besonders die Bürsten sehr billig seien, da es sich um chinesische Bürsten handele. Diese Argumentation stimmt natürlich auch wieder nicht, denn die Bürsten kann der deutsche Bürstenhändler zu gleichen Preisen einkaufen wie der Japaner loco Japan, die Fracht für die Bürsten stellt sich aber erheblich niedriger als für die fertigen Bürsten ab Japan, da das Holz ein Mehrfaches des Vorstengewichtes wiegt. Im Gegenteil, die Frachtersparnis beim Bezuge nur der Bürsten müßte uns auf dem europä-ischen Markt leistungsfähiger gegenüber dem Japaner machen. Da die Japaner die Bürste mit der Hand einziehen, diese billigen Bürsten hier in Deutschland mit der Maschine automatisch eingestanz werden können, fällt auch die Frage des Arbeitslohnes zu unseren Gunsten aus. — Der Preisunter-schied bleibt also auch hier ungeklärt.“

Die Unternehmer anderer Branchen haben ihr Ver-langen nach Schuzzöllen so ähnlich „sachverständig“ be-gründet. Nur ein Nürnbergger Pinselfabrikant hat sich an den Zollsähen für alle Sorten Pinsel desinteressiert erklärt. Herr Bernhard Sulmann bezeichnet das Verhalten der übrigen Sachverständigen als eine Gefahr für unsere Wirt-schaft. Die Begründung der Schuzzölle entbehrt der sach-lichen Berechtigung. Die Unternehmer haben das Bestreben, sich jede Auslandskonkurrenz fernzuhalten, sie wollen geschützt sein beim Hinausschrauben der Inlandpreise. Wir brauchen aber die ausländische Konkurrenz bitter nötig. Einmal gegen die willkürlich festgesetzten hohen Preise im Inland und zum andern als Ansporn zur rationalen Produktion. Wenn das Wort von „freier Wirtschaft“ überhaupt eine Be-rechtigung hat, dann bestimmt in bezug auf den Weltmarkt.

Schuzzvorrichtungen an Holzbearbeitungsmaschinen.

Die Holzbearbeitungsmaschinen der gangbarsten Art werden in den verschiedenen Ländern im wesentlichen nach dem gleichen Prinzip gebaut. Daraus folgt, daß auch bei den Vorrichtungen zur Verhütung von Unfällen in der Regel von den gleichen Grundgedanken ausgegangen wird. Aber wie im gleichen Lande jede Maschinenfabrik bei ihren Mo-dellen gewisse Sonderheiten pflegt, so hat auch die Technik der Unfallverhütung in jedem Lande Sonderheiten aus-gebildet. Der internationale Austausch der Kenntnisse auf diesem Gebiet kann der Förderung des Unfallschutzes nur förderlich sein. Deshalb ist es zu begrüßen, daß das Inte-rnationale Arbeitsamt in Genf mit der Ver-wirklichung dieses Gedankens begonnen hat. Unter den Veröffentlichungen des Internationalen Arbeitsamtes in der Reihe „Studien und Berichte“, Serie F, Nr. 2 ist eine 84 Seiten starke Broschüre erschienen unter dem Titel „Schuzzvorrichtungen an Holzbearbeitungsmaschinen in Großbritannien und in der Schweiz“.

Die Schrift enthält neben begleitendem Text zahlreiche Ab-bildungen von Schuzzvorrichtungen an den verschiedenen Arten von Holzbearbeitungsmaschinen. Man lernt auf diese Weise die in den beiden Ländern üblichen Schuzzvorrichtungen kennen und erfährt dabei, daß es solche gibt, die ihren Zweck in vorbildlicher Weise erfüllen, während der Nutzen anderer berechtigterweise in Zweifel gezogen werden kann. Jeden-falls ist ein internationaler Gedankenaustausch gerade auf diesem Gebiete recht nützlich, denn aus ihm kann der Unfallschutz wertvolle Anregungen schöpfen. Der vorliegenden Schrift sollen andere folgen, die sich auf weitere Länder be-ziehen. Einen Mangel hat leider diese Veröffentlichung des Internationalen Arbeitsamtes: sie ist in englischer Sprache geschrieben. Die deutsche Sprache hat beim Internationalen Arbeitsamt in Genf noch nicht die volle Gleichberechtigung erlangt, daher erklärt es sich auch wohl, daß dieses Amt in Deutschland nicht so populär geworden ist, wie es vielleicht wünschenswert wäre.

Der Verband der Holzarbeiter in Österreich.

Als nach Abschluß des Krieges die seitherige österreichisch-ungarische Monarchie von den Siegern aufgeteilt wurde, bildeten sie auch den Staat Deutsch-Österreich in einem Um-fang, daß er nicht lebensfähig ist. Die einzige Möglichkeit der Sanierung des Landes, nämlich der Anschluß an die deutsche Republik, die von allen Beteiligten auf das leb-hafteste gewünscht wird, wurde von den Siegern verboten. Statt dessen setzte der Völkerbund den Österreichern einen ausländischen Oberkommissar ein, der die Finanzwirtschaft des Landes überwachen und dieses gesund machen soll. Von einer Gesundung ist aber nichts zu merken, wohl aber herrscht seit Jahren eine furchtbare Krise im Lande, unter welcher die Arbeiter am schwersten leiden.

Im Jahre 1924 hat diese Krise die schwersten Formen angenommen, und ihre Wirkung zeigt sich recht deutlich in den Gewerkschaften. Es ist daher begreiflich, daß auch der Bericht über die Tätigkeit des Verbandes der Holzarbeiter Österreichs, der jetzt veröffentlicht wird, ein wenig erpreu-liches Bild gewährt. Von dem Umfang der Arbeitslosigkeit geben die Zahlen des Arbeitsnachweises in Wien ein an-näherndes Bild. Hier wurden am Beginn des Jahres 1912 Arbeitslose gezählt, das sind bei 17 980 Mitgliedern, die Ende 1923 in Wien vorhanden waren, etwa 9 Prozent der Mitgliedschaft. Ende 1924 war die Mitgliederzahl in Wien auf 16 356 zurückgegangen, aber die Zahl der Arbeits-losen war auf 3783 gestiegen, das sind mehr als 23 Prozent

der Mitglieder. Damit ist jedoch der Höchststand noch nicht erreicht. Ende März waren 4722 arbeitslose Kollegen auf dem Wiener Arbeitsnachweis gemeldet.

Daß eine solche Arbeitslosigkeit lähmend auf die Tätig-keit der Organisation wirkt, ist begreiflich. Zwar war die Versammlungstätigkeit lebhafter als im vorangegangenen Jahre, was gerade auf die schwere Krise zurückzuführen wird, dagegen ist die Zahl der Lohnbewegungen von 688 mit 118 180 Beteiligten im Jahre 1923 auf 207 mit 75 323 Be-telligten im Jahre 1924 zurückgegangen. Auch die Mit-gliederzahl hat sich begreiflicherweise vermindert, es muß jedoch anerkannt werden, daß sich der Verlust in Anbetracht der Verhältnisse in bescheidenen Grenzen hält. Im Ge-samtverband ist die Mitgliederzahl von Ende 1923 bis Ende 1924 von 27 180 auf 23 300 zurückgegangen. Hierunter befinden sich 2751 weibliche Mitglieder gegen 3811 Ende 1923. Der Schwerpunkt der Organisation befindet sich nach wie vor in Wien. Hier hat der Verband 18 356 Mitglieder. In Niederösterreich sind es 8706, in Oberösterreich 1280. Dann folgt Steiermark mit 994, Tirol mit 400, Salzburg mit 369, Kärnten mit 218 und Vorarlberg mit 44. Im Burgenland sind die 68 Mitglieder, die Ende 1923 gezählt wurden, verlorengegangen. Die Mitglieder verteilen sich auf 124 Ortsgruppen, von denen 10 auf Wien entfallen. Im Gegensatz zum Gesamtverband hat sich die Jugend-ektion gut entwickelt; sie zählte am Jahreschluss 860 Mit-glieder, gegen 440 am Ende des Jahres 1923.

Trotz des ungünstigen Ergebnisses zeigt der Bericht, daß unser österreichischer Bruderverband über einen gesunden Kern verfügt. Wenn sich die Wirtschaftslage bessert, wofür allerdings im Augenblick keine Anzeichen vorhanden sind, dann wird auch der Verband bald wieder in seiner alten Blüte und Kraft daheim. Wir wollen wünschen, daß dieser Zeitpunkt recht bald eintritt.

Gewerkschaftliches.

Die Absperrung in Dänemark.

In Dänemark schwebt zurzeit ein gewaltiger Lohnkampf, an dem etwa die Hälfte der Gewerkschafts-mitglieder dieses Landes beteiligt ist. Der Konflikt schwebt schon länger, und die Unternehmer haben planmäßig auf ihn hingearbeitet. Sie haben schon frühzeitig alle Tarif-verträge gekündigt, die in der Zeit vom 1. Februar bis 1. April abließen, aber sie zögerten die Verhandlungen über die erst abgelaufenen Verträge absichtlich hinaus. Diese Taktik hängt mit der Praxis der staatlichen Schlichtungs-behörden zusammen. Entscheidungen, die diese im letzten Augenblick zur Verhütung eines Kampfes fällen, lauten in der Regel generell. Für die Behandlung besonderer Wünsche bei den einzelnen Berufen, für die Erörterungen einzelner revisionsbedürftiger Vertragsbestimmungen ist dann keine Zeit mehr vorhanden.

Bei den diesmaligen Verhandlungen, die sich alle auf die zweite Hälfte des Monats März zusammendrängten, war die allgemeine Forderung der Arbeiter eine Erhöhung der Löhne um 3 Prozent. Diese Forderung gründet sich auf die amtliche Berechnung des Lebenshaltungsindezes, die zweimal im Jahr vorgenommen wird. Die letzte Berech-nung ergab eine Steigerung des Index von 214 auf 221. Die Unternehmer lehnten die Lohnregelung nach dem Index grundsätzlich ab, in einigen Industrien forderten sie sogar eine Lohnreduktion um 10 Prozent. Trotzdem gelang es unter Mitwirkung der staatlichen Schlichtungsbehörden, zu einer Verständigung auf der Grundlage der 3 Prozent Lohn-erhöhung zu kommen. Nur bei den Metallarbeitern und den Fabrikarbeitern konnte keine Einigung erzielt werden. In der Metallindustrie lehnten die Unternehmer jede Lohn-erhöhung ab, und bei den Fabrikarbeitern scheiterte die Verständigung daran, daß die Unternehmer weitere Zu-geständnisse für einzelne Arbeiterkategorien, die besonders schlecht entlohnt waren, ablehnten. Am 18. März wurden darauf die Metallarbeiter ausgesperrt, und gleichzeitig traten die Fabrikarbeiter in den Streik. Damit waren 42 000 Arbeiter im Kampf.

Die amtlichen Stellen setzten ihre Friedensbemühungen fort. Am 28. März wurde ein Abereinkommen zwischen den Spitzenverbänden erzielt, wonach die Ausdehnung der Kämpfe verjagt und auf der Basis der von den Schlichtungs-behörden gemachten Vorschläge weiterverhandelt werden sollte. Verbleibende Reste sollten bis zum 11. April den Schlichtungsbehörden zur Entscheidung überwiesen werden. An diesem Tage hatten diese 22 Schiedssprüche zu fällen, über deren Annahme die Verbände zu entscheiden hatten. Die Unternehmer nahmen die Schiedssprüche an. Dagegen wurden von den Arbeitern 14 Schiedssprüche vollständig und 3 mit einem Vorbehalt angenommen; 5 Schiedssprüche wurden abgelehnt. Unter den abgelehnten Sprüchen befand sich der für die Metallarbeiter, der keine Erhöhung der be-stehenden Löhne, sondern nur eine praktisch bedeutungslose Erhöhung der Minimallohne vorsah. Auch der Spruch für den Verband der ungelerten Arbeiter wurde abgelehnt. Nach dieser Entscheidung der Arbeiter zogen die Unter-nehmer ihren Beschluß zurück und verfügten für den 20. April die Absperrung. Am folgenden Tage traten die Arbeiter in einigen Berufen in den Sympathiestreit. Im Kampfe stehen jetzt etwa 125 000 organi-sierte Arbeiter in Dänemark. Das ist für das Land eine ungeheure Zahl.

Die deutschen Arbeiter werden es als eine selbstverständ-liche Ehrenpflicht betrachten, die kämpfenden Brüder in Dänemark nicht im Stich zu lassen. Verbinden uns mit der dänischen Arbeiterschaft ohnehin enge Freundschaftsbande, so müssen wir uns schwer in ihrer Schuld fühlen, wenn wir uns der außerordentlich umfangreichen Liebestätigkeit erinnern, welche die dänische Arbeiterschaft in Deutschlands schwerster Zeit entfaltet hat. Viele Tausende deutscher Ar-beiterkinder denken mit Dankbarkeit an die Zeit, da sie die freigebige Gastfreundschaft der dänischen Arbeiter genossen haben. Wir sind überzeugt, daß ein Aufruf zur Sammlang für die dänischen Kameraden, den der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hoffentlich recht bald erlassen wird, überall freudige Zustimmung aus-löst. Gilt es doch, eine Dankeschuld abzutragen für eine Hilfe, die uns aus reiner Menschlichkeit und unter schweren Opfern von der dänischen Arbeiterschaft gewährt wurde, die jetzt in so hartem Kampfe steht.

Ein Jubiläum des Buchbinderverbandes.

Die „Buchbinder-Zeitung“ erscheint in ihrer Nr. 18 im festlichen Gewande. Es gilt der Feier des 40jährigen Bestehens des Buchbinderverbandes, der am 1. Mai 1885 seine Tätigkeit aufnahm, nachdem die Gründung des Verbandes auf dem am 4. April 1883 in Offenbach abgehaltenen Kongress beschlossen worden war.

Gewerkschaftliche Einheit in der Tschechoslowakei.

Die Sprachverchiedenheit hat der Gewerkschaftsbewegung im alten Österreich viele Schwierigkeiten verursacht. Sie führte sogar zu einer Spaltung, weil die national stark empfindenden Tschechen Vorrechte beanspruchten, die ihnen die Zentrale nicht gewähren konnte.

die Gewerkschaftszentrale in Prag die gemeinsame Zentrale für die Tschechoslowakei sein. Ihr treten die in der Reichsberger Gewerkschaftskommission vertretenen Verbände bei, die in der Prager Kommission eine entsprechende Vertretung finden.

Das ist ein erster Anfang. Nach einem Wort des Präsidenten der tschechoslowakischen Republik, Masaryk, sollte dieses Land eine Schweiz werden, in der die Angehörigen der verschiedenen Nationen friedlich und gleichberechtigt zusammen wohnen.

Internationaler Bäckerkongress.

Ein internationaler Kongress der Bäckereiarbeiter trat am 30. März in Stuttgart zusammen. Der Kongress beschäftigte sich hauptsächlich mit der Frage der Nachtarbeit in den Bäckereien, wobei festgestellt wurde, daß der Dreischichtenbetrieb von allen internationalen Instanzen der Arbeiterbewegung verworfen wird.

Verflechtung des Abereinkommens hinauslaufen. Hiergegen erhob der Kongress scharfen Protest. An die Landeszentralen der Gewerkschaften wurde das Ersuchen gerichtet, von den Regierungen zu verlangen, daß sie Bäckereiarbeiter zu der Geisler Tagung delegieren.

Literarisches.

Felix Kerschbach: Im Haus der Freudenlosen, Bilder aus dem Buchhaus. Verlag J. S. B. Dieck Nachf., Berlin. Preis 2,20 Mk. — Der Gedichtband Buchhaus ist ein ergreifendes Buch.

John Schilowski: Stürmer gegen das Philistertum. Verlag J. S. B. Dieck Nachf., Berlin. Preis in Leinwand 2 Mk. — Der Verfasser gibt Schilderungen einiger markanter Gestalten, wie den Dichter Grabbe, Glasbrenner, Friedrich Rückert, Otto Erich Hartleben, Peter von Toller, diese Schilderungen von Nebenfiguren gegen das Philistertum wird man nicht ohne Begeisterung aus der Hand legen.

Berufszugehörigkeit der Mitglieder am Jahreschluß 1924.

Table with columns for Branch (Branche), Zahl der Mitglieder in den Gauen (1924, 1923), and Abnahme (Zahl, Prozent). Rows include professions like Bäcker, Tischler, etc.

Ein Tischler für sofort gesucht. 2 tüchtige Tischler auf Qualitätsmöbel. Hofformentischler.

2 tüchtige Polierer werden bei Dauerleistung gesucht. Eritkl. Fräser auf best. Möbel. Jüng. tücht. Holzdrehflüßler.

Je 1 Korbmacher auf Bestellung gesucht. Suche einen ledigen älteren Holzwerker. Einige Korbmacher Grün auf einen auf Geschlagen u. Holz. Zwei Korbmachergesellen auf Grün- und Rotarbeit.

Schweiß-Hobel à 2,50 Mk. Bildhauer- u. Stuhlbauser- Werkzeug unter Garantie liefert Fritz Pfotenbauer, Rabenau i. Sa.

Schöne Intarsien für Möbel. Schellack, Beizen. Gebr. Noack, Berlin NO. 4, Gr. Frankfurter Str. 25/26. Stuhlflechtrohr! Beste, ergiebigste Qualität.

Bücher über Bootsbau. Selbstbau eines leicht. Wanderkanus v. Heinz Foerster 3 Mk. Selbstbau eines Fallbootes von Max Höfinghoff . . . 4 Mk.

Fachliteratur u. Vorlagenwerke für das gesamte Holzgewerbe. Bleistifte, Maßstäbe, Reißzeuge kauft nur im eigenen Geschäft! Bei Lieferung durch die Verwaltungsstelle portofrei.